



Protokoll

25. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 11. Mai 2020, 19:00 Uhr bis 22:10 Uhr
Stadthofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2020/2021
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl des 1. Vizepräsidiums
 - c) Wahl des 2. Vizepräsidiums
 - d) Wahl der Stimmenzählenden
- 4 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Richard Sägesser (FDP)
- 5 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Peter Müller (FDP)
- 6 Leistungsmotion 569/2020 von Silvio Foiera (EDU) und Christoph Keller (SVP): Open-Government-Data-Strategie
- 7 Weisung 48/2019 des Stadtrates: Revision Ortsplanung «Stadtraum Uster 2035», Bericht zum festgesetzten Stadtentwicklungskonzept STEK
- 8 Postulat 567/2019 von Patricio Frei (Grüne): Solarstrom im Standardprodukt für Usters Energieversorgung
- 9 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Ursula Räuftlin (Grünliberale), Präsidentin bis TOP 3a Karin Niedermann (SP), Präsidentin ab TOP 3 b
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident (bis TOP 3)
Entschuldigt	Salome Schaerer (SP) Ulrich Schmid (CVP)
Verwaltung	Susanna Ellner, LG-Leiterin Öffentlichkeitsarbeit Nadine Kaspar, LG-Leiterin Stadtplanung Patrick Neuhaus, Stadtplaner Pascal Sidler, Stadtschreiber (ab 1. August 2020) Christian Zwinggi, Abteilungsleiter Präsidiales
Presse	Christian Merz, AvU Laurin Eicher, AvU Martin Mächler, AvU Benjamin Rothschild, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die zugelassenen Gäste.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliest **Angelika Zarotti** (SP) folgende Fraktionserklärung: *In Zeiten der Corona! Heute treffen wir uns zum ersten Mal seit vielen Wochen erzwungener Pause. Ich bin froh darum.*

Bevor wir unsere Arbeit als Parlament aufnehmen und wieder in den alltäglichen Modus geraten, möchte ich ein paar Gedanken, aber auch im Namen der Fraktion äussern, die zwar sehr persönlich tönen und doch ganz viel mit Politik zu tun haben.

Das Virus ist eine globale Bedrohung. Ausgerechnet diese Tatsache hat mir die Bedeutung des Lokalen und Kleinräumigen wieder extrem Bewusst gemacht.

- Ich hatte überraschende Begegnungen und Hilfsbereitschaft erlebt. Aus flüchtigen Bekanntschaften in meiner Nachbarschaft sind freundschaftliche Beziehungen geworden.*
- Ich habe neue Seiten von Uster entdeckt. Noch mehr weiss ich es zu schätzen, in welcher toller Landschaft wir das Glück haben, zu leben.*
- Ich bin beeindruckt, wie sich unsere Behörde, der Stadtrat, die Eltern und viele andere mehr von Amtes wegen und ganz von sich aus engagiert haben, dass unser Gemeinwesen, unsere Gesellschaft, unsere Gewerbler und unser Bildungswesen möglichst unbeschadet durch diese Krise kommen.*

Und jetzt freue ich mich darauf, dass in Uster wieder mehr Leben einkehrt. Dass ich hier in Uster

- Wieder beim lokalen Haushaltswarenhändler kompetent beraten werde*
- In unserer Buchhandlung nach Herzenslust schmökern kann*
- Auf dem Wochenmarkt die vertrauten Anbieter und ihre Produkte antreffe und geniessen kann.*

Ich freue mich aber auch mit der Fraktion, mit dem Rat zusammen zu politisieren. Themen aufzunehmen, welche durch die Krise entstanden sind, aber auch solche, die vorher schon da waren und jetzt vermehrt ins Rampenlicht gerückt sind, zu diskutieren und gute solidarische Lösungen zu finden.

Diese Krise hat unsere Gesellschaft schlagartig verändert, sie hat Existenzen bedroht und vernichtet. Sie hat die Schwächen unseres Systems schonungslos offengelegt und gezeigt, wer und was wirklich systemrelevant ist. Umso wichtiger ist es nun, die Lehren aus dieser Krise zu ziehen:

*Corona hat aufgezeigt, dass Abbau in Gesundheit und Bildung sich früher oder später rächen wird, dass die Pflege- und Sorgearbeit unsere Gesellschaft am Laufen hält und faire Bezahlung und Anerkennung verdient, dass der Markt eben doch nicht alles regelt und es gerade im Gesundheitsbereich einen starken Service Public braucht und das Krisensituationen bestimmte Gesellschaftsgruppen wie Arme, Migrant*innen und Arbeiter*innen im Niedriglohnssektor besonders hart treffen und diese auf gesellschaftliche finanzielle Solidarität angewiesen sind.*

Schon bald steht das Budget 2021 da und wir werden darüber diskutieren. Uns ist allen bewusst, dass das Defizit der Rechnung 2020 grösser sein wird als budgetiert und das noch niemand weiss, welche Auswirkungen die Pandemie auf das Budget 2021 haben wird. Wir müssen uns dabei bewusst sein, dass diese Ausfälle ein ausserordentliches Ereignis sind. Als solches sollten wir es auch bewerten und jetzt nicht reflexartig nach dem Rotstift rufen. Das wäre sogar kontraproduktiv: Antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand ist jetzt wichtig, wenn wir der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen wollen. Ich wünsche mir, dass wir die Weisheit und den Mut haben, das nötige Geld in die Finger zu nehmen, Eigenverantwortung in der lokalen Politik übernehmen und so unseren Beitrag zur Bewältigung der Pandemie leisten. Dass wir all die Themen wie Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Arbeit, Kultur und so weiter zusammen anpacken und so solidarisch durch diese Krise gehen.

Zum Schluss möchten wir dem Stadtrat ein Kränzlein winden. In unseren Augen hat er in dieser schwierigen und neuen Situation überlegt gehandelt. Es mussten oft schnell Entscheidungen gefällt werden, bei welchen der Stadtrat sein Bestes getan hat. Es ist aber wichtig, dass nun wieder der normale Alltag einkehrt und der Stadtrat gemeinsam mit dem Gemeinderat arbeitet und wir gemeinsam die nötigen Entscheidungen fällen.

Für die SVP/EDU-Fraktion verliest **Markus Ehrensperger** (SVP) folgende Fraktionserklärung: *Ich glaube, wir begrüßen es alle, dass nun auch im politischen Bereich wieder etwas Alltag einkehrt. Aber was bleibt uns denn von dieser aussergewöhnlichen Zeit, in der die Exekutive und die Verwaltung das Ruder gesamthaft übernommen haben? Wir werden es herausfinden müssen. Dazu sind wir auf Transparenz angewiesen.*

Einen allgemeinen Überblick haben die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten bereits an einem Gespräch mit der Stadtpräsidentin im April 2020 erhalten. Dieses Gespräch habe ich als sehr gut empfunden, vielen Dank dafür.

Nun geht es noch darum, dass auch die Details dargelegt werden. Damit wir gemeinsam eben diese aussergewöhnliche Zeit abschliessen können. Selbstverständlich steht dabei die Abrechnung des Rahmenkredites weit oben auf der Hierarchietreppe. Weil es macht keinen Sinn, die Kreditverwendung erst im Juli 2021 anzuschauen.

Doch natürlich gilt es jetzt nicht nur zurück, sondern auch nach vorne zu blicken. Wie geht es jetzt weiter? Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Krise sind ein Aspekt, die finanziellen ein genau so wichtiger. Nicht nur das Gewerbe, sondern auch die öffentliche Hand haben diese Auswirkungen zu tragen und zu meistern. Es ist daher so wichtig wie noch nie, dass man die eigene Kasse und den Haushalt im Griff hat. Weil es ist das Geld von anderen, das man ausgibt. Bubikon hat es vorge-macht und überprüft die aktuellen Ausgaben. Genau dieses Signal fehlt uns in Uster noch. Wir haben eine aussergewöhnliche Zeit, also kann man nicht einfach gewöhnlich weitermachen. Und einfach nach einer Steuererhöhung zu rufen, ist das absolut der falsche Weg!

Alle Parteien haben mitgeteilt, dass der Konsument in Uster eine tragende Rolle spielt. Darum ist es wichtig, dass die Kaufkraft bei den Konsumentinnen und Konsumenten in Uster erhalten bleibt, damit diese wiederum das Ustermer Gewerbe unterstützen können. Das Geld gehört den Leuten und nicht der Stadtkasse.

Für die FDP/CVP-Fraktion verliest **Jürg Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *Jetzt ist es da. Das Kulturkonzept 2020–2028. Beschlossen vom Stadtrat am 7. April 2020, also mitten in der Corona-Krise. Eine langjährige tiefgreifende Rezession vor Augen.*

Das Kulturkonzept wirkt wie eine Eröffnungssonate eines linken Kulturkonzertes mit dem Kulturbeauftragten als Intendanten und der Stadtpräsidentin in der Rolle der grosszügigen Mäzenin.

Das Programm dieser Festspiele wurde von den Kulturschaffenden, also von den subventionierten Künstlern und Künstlerinnen höchstpersönlich, während mehreren «Kulturgelagen» zusammengestellt. Der Duden definiert das Wort «Gelage» übrigens als «gemeinsames reichliches, oft über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Essen und Trinken». Reichlich und übermässig ist dieses Wunschprogramm auch ausgefallen, Geld hat dabei offenbar keine Rolle gespielt. Dies liefern ja die Ustermer Steuerzahlenden. Und wenn es nicht reicht, kann ja eine Steuererhöhung gefordert werden.

Es scheint, als haben sich die Ustermer Museumsbetreiber dieses Gelage fatalerweise entgehen lassen. Entsprechend sind sie leer ausgegangen.

Unsere Anfrage kommt kritisch daher, soll aber noch nicht als generelle Kritik am Konzept verstanden werden. Für ein solches Urteil haben wir noch schlichtweg zu wenig Angaben, das Konzept lässt noch zu viele Fragen offen. Und darum geht auch unsere Frageliste über das gewöhnliche Mass hinaus. Obwohl diese nicht während einem Gelage entstanden ist, solche waren in den letzten Wochen ja gar nicht erlaubt.

Wir sind auf die Antworten gespannt, wir hoffen, dass der Stadtrat die Chance nutzt und mehr Transparenz in dieses Konzept bringt. Schlussendlich werden aber die Budgetdiskussionen der nächsten Jahre zeigen, ob das Kulturkonzert künftig in Dur oder Moll ertönt.

Persönliche Erklärungen

Silvio Foiera (EDU) verliest folgende Erklärung: *Während SARS, Schweinegrippe, MERS, und ähnliche virologische Ereignisse, uns primär aus den Medien bekannt waren und uns so genannte Mund-Nasen-Masken vor allem von Zahnärzten, als Skurrilität asiatischer Touristen, oder als Emoji bekannt waren, war die Situation um SARS-CoV-2 anders.*

Zur Weihnachtszeit noch als lästiger Unterbruch in Lieferketten wahrgenommen gingen uns im ersten Quartal schon bald die Desinfektionsmittel aus.

Die Situation um COVID19 war bislang sicher einmalig und hat Behörden wie Bevölkerung unvorbereitet erwischt. Das sollte nicht, aber kann vorkommen.

In meiner Zeit als Feuerwehrmann nannten wir die Zeit nach Eintreffen auf dem Schadenplatz jeweils Chaosphase, in der sich erst mal eine Übersicht verschafft werden musste, während erste Massnahmen bereits anliefen. Danach sollte jedoch langsam ein Einsatzkonzept ersichtlich werden. Während im Geschäft täglich ein viergliedriges Informationsbulletin der Direktion einging, welches folgende Punkte aufgriff:

- *Allgemeine Lage Schweiz*
- *Besondere Lage des Instituts*
- *Daraus folgende Massnahmen/Informationen, die für alle Mitarbeitenden gelten*
- *Informationen für wissenschaftliche Mitarbeitende*

Von Seiten der Stadt Uster ging leider gar nichts dergleichen ein.

Weder als Personalinfo, noch als Info an den Gemeinderat, oder gar die Mitglieder der KSG.

Informationen über den Zustand unserer Stadt entnahm ich wenn überhaupt der Tagespresse.

Gerade in Zeiten einer "ausserordentlichen Lage" in welcher der Exekutive weitgehende Entscheidungskompetenzen zugestanden werden, ist Transparenz wichtig und vertrauensbildend.

Die Situation im Frühjahr, war für uns alle wohl das erste solch massive Ausnahmereignis.

Da soll das Parlament auch nicht unnötig im Weg stehen oder mit Fragen die Stress-Situation zusätzlich antreiben.

Für eine allfällige Wiederholung des Spektakels im Herbst, wünsche ich mir vom Stadtrat jedoch deutlich proaktivere & offenere Kommunikation. Über den Zustand unserer Stadt und nötige Massnahmen sowie Herausforderungen und Konzepte.

In dem Sinne bleiben Sie gesund und hoffentlich bleiben uns Ehrenrunden erspart.

Peter Müller (FDP) verliest folgende Erklärung: *Ich freue mich sehr, wieder hier zu sein, Euch wieder zu sehen und ein Stück der Normalität von vor der Pandemie zurück zu gewinnen.*

- *Für viele waren die letzten Wochen eine grosse Herausforderung und die grössten wirtschaftlichen Unsicherheiten liegen wohl noch vor uns im Unbekannten.*
- *Obwohl niemand weiss, wie es weitergehen wird ist eines wohl sicher. Es wird nicht gleich sein wie vorher. Es scheint mir wichtig, dass dies alle vor Augen haben. Es geht nicht darum zurück zu kehren, sondern sich mit den gegebenen Umständen zu arrangieren und neu zu erfinden.*
- *Es freut mich z.B. sehr zu sehen, dass die Lehrer der Primarschule einen grossen Schritt vorwärts gemacht haben. Wo es früher noch hiess, dass elektronische Kommunikation nicht möglich ist, weil nicht alle Schüler über die ausreichende Infrastruktur verfügen, ist dies nun plötzlich ganz einfach und selbstverständlich.*
- *Auch freut es mich zu sehen, welche Fortschritte meine Kinder im selbstständigen, explorativen Lernen gemacht haben. Man könnte sich bereits fragen, wie sie den früheren Unterricht jetzt empfinden, wo sie besser gelernt haben, selbstständig Inhalte zu erarbeiten.*
- *Es ist nun wichtig, das Erfahrene und Gelernte in die Weiterentwicklung der Schule zu integrieren und z.B. die Möglichkeit zum Unterricht auf Distanz weiter auszubauen und zu etablieren.*
- *Denn, die verfügbaren Werkzeuge und Inhalte dazu – das hat sich schmerzlich gezeigt – sind nahezu inexistent.*
- *Auch bei der Schulverwaltung hat es sicher noch einiges an Digitalisierungspotential. Wenn man zu Umfragen bei den Eltern z. B. ein nicht editierbares Word-Dokument zugesendet bekommt, welches zum Grossteil Daten abfragt, die bereits bekannt sind und auch schon in der Vorwoche abgefragt wurden, wirft das ein paar Fragen bzgl. der Nutzung von digitalen Werkzeugen auf.*

- *Neben vielen positiven Effekten ist der Ramp-up, wie er von der Bildungsdirektion mittels Halbklassen verordnet wurde nicht durchdacht und nicht wirklich praktikabel. Es reduziert das Arbeitspensum der Eltern um bis zu 60%.*
- *Ein riesiges Ärgernis. Insbesondere weil die Bildungsdirektion kein Ohr zu haben scheint für die lauten Rufe aus Politik und Gesellschaft.*
- *Für Uster ist es deshalb wichtig, dass die negativen Effekte davon soweit möglich reduziert werden können.*

Konkret heisst das: Betreuung der Kinder ist während den Regelzeiten zu für alle kostenfrei gewährleisten. Der Stadtrat sollte sich dafür engagieren, dass die Kosten für diese unnötigen Massnahmen durch den Kanton getragen werden.

Balthasar Thalmann (SP) verliest folgende Erklärung: *Ist das ein Jammer! Jetzt wird heute Karin Niedermann zur neuen Gemeinderatspräsidentin gewählt, und wir können nicht mal richtig feiern. Ist das ein Jammer! Wir konnten das Präsidiumsjahr von Ursi Räuftlin wegen des abgesagten Jahreschluss-Essens nicht feiern.*

Den beiden überreicht die „Fraktion der lokalpatriotisch veranlagten Mitglieder der Gesellschaft zur Förderung der Biervielfalt (GFB)“ je einen halben Meter Bier, 8 verschiedene Biere, die in Uster an der Brauereistrasse gebraut werden. Die Mitglieder dieser Fraktion sind Matthias Bickel, Daniel Reuter und ich. Ein Trost für alle steht auf dem Tisch. (Applaus)

1 Mitteilungen

Der Gemeinderat hat mit Zuschrift vom 22. April 2020 den Regierungsrat um eine Ausnahmegewilligung zwecks Durchführung der Ratssitzung am 11. Mai 2020 ersucht. Im Auftrag des Regierungsrats hat die Direktorin des Innern und der Justiz, Regierungsrätin Jacqueline Fehr, mit Zuschrift vom 29. April 2020 die Durchführung der heutigen Ratssitzung bewilligt. Diese Bewilligung gilt nicht nur für diese Ratssitzung, sondern auch für allfällige weitere Sitzungen während der Dauer des Veranstaltungsverbots (vergleiche Seite 751).

Der Stadtrat hat anstelle der zurückgetretenen Beatrice Mischol (Grünliberale) am 28. Januar 2020 Andreas Pauling (Grünliberale) mit Wirkung ab 1. März 2020 als Gemeinderat für gewählt erklärt (vergleiche Seite 686). Die Ratspräsidentin heisst den neuen Kollegen willkommen und wünscht ihm viel Erfolg für seine Amtstätigkeit.

Der Stadtrat hat anstelle des zurückgetretenen Richard Sägesser (FDP) am 21. Januar 2020 Andrea Grob (FDP) mit Wirkung ab 1. April 2020 als Gemeinderätin für gewählt erklärt (vergleiche Seite 686). Die Ratspräsidentin heisst die neue Kollegin willkommen und wünscht ihr viel Erfolg für ihre Amtstätigkeit.

Der Stadtrat hat am 22. Januar 2020 Pascal Sidler mit Wirkung ab 1. August 2020 zum Stadtschreiber von Uster bestimmt. Auch der Gemeinderat gratuliert ihm zu dieser neuen Aufgabe in Uster. Wir heissen Sie heute gerne als Gast an dieser Ratssitzung willkommen. (Applaus)

Wir gratulieren dem Präsidenten der Sekundarschulpflege, Benno Scherrer, der am 4. Mai 2020 zum 1. Vizepräsidenten des Kantonsrats gewählt worden ist. (Applaus)

Für den Stadtrat erklärt **Stadtpräsidentin Barbara Thalmann**: *Nach drei Monaten stehe ich heute zum ersten Mal wieder vor Ihnen – drei turbulenten Monaten, die vieles in unserem Alltag durcheinandergewirbelt haben.*

Persönlich möchte ich Ihnen gleich zu Beginn sagen: Ich bin sehr froh, dass der politische Diskurs heute wiederaufgenommen wird. Die Diskussionen zwischen Stadtrat und Gemeinderat sind wichtig und zwingend. Auch die Diskussion zwischen Politik und der Bevölkerung, einzelnen Vertretungen und Interessen in dieser Stadt sind zentral und unabdingbar. Es sind die Gespräche und die gegenseitigen Austausche, die unsere Demokratie beleben und bereichern!

Virtuelle Begegnungen machen zwar vielerorts Sinn und sind praktisch, die Erfahrung haben vermutlich viele von uns gemacht, sie ersetzen aber den direkten Kontakt nicht.

In den letzten Wochen und Monaten hat der Stadtrat vieles ohne diesen Austausch entscheiden müssen. Wir haben unsere Sitzungen im Stadtrat regelmässig abgehalten, wir haben wie gewohnt getagt und doch hatten wir vor unserem Handeln grossen Respekt – nicht nur wegen den anfänglich technischen Herausforderungen bei Videokonferenzen etc. Wir waren uns als Gremium jederzeit bewusst, dass wir eine grosse Verantwortung tragen und wir waren uns auch bewusst, dass wir in vielen Bereichen schnell und doch auch besonnen handeln müssen. Der Stadtrat auch einen Kredit von 2,5 Millionen Franken gesprochen, um die lokalen Folgen der Corona-Krise abzufedern.

Liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, ein Kredit in dieser Höhe muss einer besonderen Situation geschuldet sein, völlig klar. Der Stadtrat hat intensiv und in Varianten über die Unterstützung der betroffenen Betriebe und des lokalen Gewerbes diskutiert. Wir haben gewusst: Wir müssen und wir wollen handeln! Das haben wir getan und es ist uns in vielen Punkten gelungen, adäquate Unterstützung zu bieten. Seit Ostern werden Notfallhilfen für Kleinstfirmen gewährt oder Beiträge für Sans Papiers bezahlt. Das aktuellste Beispiel ist die Aktion mit dem Usterbatzen, die heute angelaufen ist, und in die der Stadtrat 100'000 Franken investiert hat. Laufend tauchen neue Fragen auf, z.B. um Reduktionen beim Mietzins, oder ob es Lücken bei den Unterstützungen gibt, die nicht von Bund oder Kanton abgedeckt werden.

Blicke ich zurück, so erinnere ich mich, wie hoch das Informationsbedürfnis schon zu Beginn der Krise war. Der Krisenstab der Stadtverwaltung hat deshalb sehr rasch eine Hotline installiert, an die sich die Bevölkerung mit Fragen wenden konnte. Schliesslich war auch das Stadthaus über mehrere Wochen geschlossen. Auch wir als Behörden waren in Kontakt mit Firmen, mit den Wirtschaftsverbänden, mit den lokalen Kitas, mit Kulturschaffenden, mit Sportvertretern, mit Vereinen, mit den Fraktionspräsidien etc. Wir suchten den Austausch, so gut dies unter den gegebenen Bedingungen möglich war. Geholfen haben dem Stadtrat sicher auch die Stimmen aus den Parteien und der Bevölkerung, die an uns herangetragen wurden. Ehrlich gesagt, waren wir auch ein Stück weit auf diese Stimmen angewiesen. Spielt sich das Leben fast nur noch in den eigenen vier Wänden ab, ist es schwierig, den Blick hinter andere Kulissen zu werfen. Das öffentliche Leben stand sozusagen still.

Wir werden hier in diesem Rat mit Sicherheit auch über die finanziellen Folgen der Krise sprechen. Bis jetzt belaufen sich die Kosten, die in direktem Zusammenhang mit Corona stehen, auf ca. 1.8 Mio. Franken. Darin enthalten sind: Unterstützungsleistungen, Kosten in der Informatik, beim Schutzmaterial, und vielem mehr. Nicht zu vergessen sind die hohen Ausfälle bei den Einnahmen, z.B. wegen dem geschlossenen Hallenbad, den fehlenden Parkgebühren, den Mindererträgen bei den Tagesstrukturen, den Heimen oder der Vermietung des Stadthofsaals.

Mir ist bewusst, dass uns die Auswirkungen der letzten Wochen und Monate noch lange beschäftigen werden. Ich wünsche uns allen, dass wir die nächste Zukunft, die vermutlich immer noch sehr herausfordernd sein wird, gemeinsam meistern.

Jetzt aber wollen wir versuchen, den uns gewohnten Alltag so gut wie möglich zurückzuholen, denn, unsere Themen in dieser Stadt laufen weiter. Uster soll und darf nicht stehen bleiben, wir wollen unsere Zukunft auch weiterhin selbständig und demokratisch gestalten. Einen kurzen Ausblick auf unsere nächste öffentliche Veranstaltung möchte ich da bereits ankünden. Am 04. Juni 2020 werden wir wie geplant den Anlass «Stadtrat im Dialog» durchführen, ohne Publikum im Saal zwar, aber mit Kamera, Liveübertragung und direkter Zuschaltung für Fragen und Inputs aus der Bevölkerung, die den Anlass von zuhause aus verfolgen kann. Es wird ein Experiment. Ich hoffe, Sie sind dabei!

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 24. Sitzung des Gemeinderats vom 10. Februar 2020 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2020/2021

Zum Abschluss ihres Amtsjahres hält Präsidentin **Ursula Räuftlin** (Grünliberale) folgende Ansprache: *Erlauben Sie mir noch einige Worte zum vergangenen Jahr, bevor wir zur geheimen Wahl des neuen Gemeinderatspräsidiums schreiten.*

Als ich im April 2019 das Amt als Ratspräsidentin angetreten habe, konnte sich keiner von uns vorstellen, was das Jahr 2020 für uns bereithalten wird. Die vom Bundesrat am 13. März 2020 erklärte «ausserordentliche Lage» mit dem Versammlungsverbot verhinderte die Durchführung der letzten beiden terminierten Gemeinderatssitzungen. So durfte ich zwar einen ganzen Monat länger «höchste Ustermerin» sein, war aber durch das Notrecht an der Ausübung des Amtes beschnitten. Es ist sehr zu begrüßen, dass wir nun unsere Funktion als Legislative der Stadt Uster wieder aufnehmen dürfen und dadurch auch unsere Aufsichtspflicht gegenüber dem Stadtrat und der Sekundarschulpflege wieder wahrnehmen können.

Als grünliberale, berufstätige Person mit Kindern, bestand mein Bestreben für dieses Amtsjahr darin, den Gemeinderatsbetrieb soweit möglich ökologischer, vor allem aber effizienter und weniger zeitintensiv zu gestalten.

Mein Wunsch, dass nicht jede Sitzung zu einer Doppelsitzung mutiert, wurde doch immerhin an vier Sitzungen erreicht. Das letzte Mal am 20. Februar 2020, als wir mit Richard Sägersers Schlussvotum zum Krippenfinanzierungsmodell in Uster mit dem Sitzungsende um 21:00 Uhr eine minutengenaue Punktlandung für die Einfachszitzung erreichten. Neben der immer sehr langen Budgetdebatte von 4,5 Stunden haben wir in diesem Jahr 5 Doppelsitzungen und 4 Einfachszitzungen durchgeführt. Zwei Gemeinderatssitzungen sowie etliche terminierte Kommissionssitzungen sind ausgefallen. Im Ratsbetrieb konnte dadurch neben der eingesparten Zeit auch etliches an Sitzungsgeldern eingespart werden.

Ich habe mir vom Parlament gewünscht, dass man sich seiner Verantwortung den Wählern gegenüber bewusst ist und das Amt als Gemeinderat mit dem nötigen Engagement und der notwendigen längerfristigen Verpflichtung wahrnimmt. Die vielen Wechsel im Parlament zeigen leider immer wieder, dass solch ein Gemeinderatsamt als Milizamt mit den beruflichen Verpflichtungen, vor allem in der Privatwirtschaft, offenbar je länger je schwieriger zu vereinbaren ist. Auch in meinem Amtsjahr sind wiederum fünf Gemeinderäte von ihrem Amt zurückgetreten. Die durchschnittliche Amtsdauer dieser ehemaligen Kollegen betrug gerade mal 7 Jahre, was auch insgesamt der durchschnittlichen Amtsdauer im Gemeinderat entspricht. Wir müssen uns bewusst sein, dass mit jedem Wechsel viel Wissen über die Politik und die Verwaltung der Stadt Uster verloren geht.

Die aktuelle Pandemie-Situation – es wurde heute bereits erwähnt – wird massive Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Stadt Uster für das Jahr 2020 und einige Folgejahre haben. Neben den vom Stadtrat in Eigenregie bewilligten Mehrausgaben werden auch Mindereinnahmen bei den Steuern und diversen Gebühren erwartet. Hätten wir doch für das Jahr 2020 ein Budget mit einer Null statt bereits mit einem massiven Defizit verabschiedet, dann wären diese Auswirkungen wenigstens ein wenig besser verkraftbar. Um die Auswirkungen dieser Pandemie-Situation sowie die Rechnungen der nächsten Jahre und veränderte Globalkredite in den einzelnen Geschäftsfeldern beurteilen zu können, wird die Arbeit in den Subkommissionen wichtiger denn je sein. Mein Appell geht deshalb an den ganzen Gemeinderat: Bleibt bitte am Ball und würdigt, aber hinterfragt auch kritisch die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung sowie der Sekundarstufe.

Das Wahrnehmen der Verantwortung den Wählern gegenüber beinhaltet neben der Teilnahme an sämtlichen Ratssitzungen, auch die Teilnahme an den Kommissionssitzungen. Dass eine Kommissionssitzung abgesagt werden musste, weil sich fünf von neun Mitgliedern abgemeldet hatten, darf aus meiner Sicht nicht sein.

Ich hatte bei meinem Antritt daran appelliert, an den gesellschaftlichen Anlässen des Gemeinderates teilzunehmen. Es gibt dafür zwar keine Sitzungsgelder, trägt aber im veränderten Umfeld zu fraktionsübergreifendem Austausch zwischen den Gemeinderäten bei. Es hat mich besonders gefreut, dass mich eine Gruppe von 35 Leuten im September 2019 in meine Heimat an den Bielersee begleitet hat. Seit dem 16. März 2020 sind uns nun leider solche Anlässe verwehrt. Sowohl der Abschiedsapéro von Beatrice Mischol, Wolfgang Harder und Richard Sägerser wie auch das Ratsessen mussten aufgrund der Corona-Pandemie auf unbestimmte Zeit verschoben oder eventuell gar abgesagt werden. Und auch die heutige Wahlfeier der designierten Ratspräsidentin kann leider nicht stattfinden. Anstossen mit zwei Metern Distanz dürfte etwas schwierig werden. Ich lasse es mir aber nicht nehmen, heute wenigstens die Hupe, die als symbolischer Ersatz für die Glocke jeweils

am Ratsessen dem zukünftigen Präsidenten überreicht wird, an Karin Niedermann zu übergeben und nicht nur zuzuwerfen. Mein Dank geht an Karin Niedermann und die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung des Gemeinderates für die stets kollegiale Zusammenarbeit und sachlich geführten Diskussionen.

Ein grosses Merci geht auch an unsere Parlamentsmitarbeiter Daniel Reuter und Monika Füllemann. Ich konnte mich in diesem Jahr jeweils auf ihr grosses Engagement und ihr breites Wissen verlassen. Daniel Reuter hat für die Aufrechterhaltung des Ratsbetriebes eng mit dem Krisenstab der Stadt Uster zusammengearbeitet und die notwendigen Ausnahmegewilligungen für die Durchführung von Sitzungen beim Regierungsrat eingeholt, sodass wir als erstes Parlament in der Region heute wieder tagen dürfen. Und ich hoffe, dass das Programm des mehrheitlich von Monika Füllemann vorbereiteten Jahresschuss-Essens bald wieder aus der Schublade hervorgeholt werden kann und wir diesen Anlass dann doch noch durchführen können, um unsere zurückgetretenen Gemeinderatsmitglieder im würdigen Rahmen verabschieden zu können. Damit die heutige Sitzung auch nicht zu lang wird, schreiten wir nun zügig zu den Wahlen des Präsidiums.

Die Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums erfolgt geheim (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz). Das gilt auch für die Wahl der Kommissionsmitglieder, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 Gemeindegesetz).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme des abtretenden Präsidenten, der für das folgende Jahr weder für das Präsidium noch für das Vizepräsidium wählbar ist (Art. 4 Abs. 2 GeschO GR).

Die Geschäftsleitung amtiert als Wahlbüro (Art. 35 Abs. 2 GeschO GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

a) Geschäftsleitung, Wahl des Präsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Karin Niedermann (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	3
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	31
absolutes Mehr	16
Gewählt ist mit Stimmen:	
Karin Niedermann	30
Ferner erhielten Stimmen:	
Florin Schütz	1
massgebende Wahlzettel	31

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Karin Niedermann (SP) wird als Präsidentin für das Amtsjahr 2020/2021 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsidentin **Karin Niedermann** (SP) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache: *Vielen Dank für die Wahl! Ich freue mich sehr darüber – und auch darüber, dass es endlich soweit ist. Ich danke Ihnen auch für das Vertrauen, das Sie mir damit aussprechen. Ich schaue erwartungsvoll auf diese neue Aufgabe und werde das Amt mit Freude und Engagement ausfüllen.*

Ich danke auch meiner Fraktion, die mich vor 2 Jahren nominiert hat und der SP als Partei, die mir immer wieder Gelegenheiten für spannende Aktivitäten und Aufgaben bietet.

Danke auch an meine Vorgängerin Ursi Räuftlin, die den Rat und den Ratsbetrieb mit Umsicht geführt hat und auch eine stürmische Phase souverän gemeistert hat. Ich freue mich auf die engere Zusammenarbeit mit Daniel Reuter und Monika Füllemann, auch im Wissen, dass ich jederzeit auf Eure wohlbekannte grosse Unterstützung und Erfahrung zählen kann. Durch meine 2 Jahre in der Geschäftsleitung habe ich viel gelernt über politische Abläufe und den Umgang mit Fragestellungen, die erst bei näherem Hinschauen ihre Komplexität gezeigt haben. Danke den Mitgliedern für die offenen und spannenden Diskussionen. Ich freue mich auch auf die weitere, wohl noch etwas engere Zusammenarbeit mit Stadtrat, der Sekundarschulpflege und Verwaltung.

Und last but not least at all: ein herzlicher Dank an meine Familie, meinen Mann René und meine Kinder Jan, Mara und Annik, für ihre emotionale Unterstützung, manches warme Essen und das Verständnis auf ihre Frag': 'bisch hüt dihei? – nei, i mues go politisiere'.

Ich muss Ihnen gestehen, als wir vor bald 19 Jahren von Zürich nach Uster zogen, habe ich es in Uster etwas langweilig gefunden... Ich hätte wahrscheinlich viel schneller in den Gemeinderat sollen... Die letzten 6 Jahre als Mitglied dieses Gremiums haben mich schätzen gelernt, wo und wer sich wie für Uster einsetzt und wo überall wichtige Arbeit geleistet wird, und wieviel auch ehrenamtliche. Und ich habe ein besseres Verständnis dafür erhalten wie Politik Visionen, Ideen und Pläne durch die Arbeit in den Kommissionen und durch das Zusammenspiel von Legislative und Exekutive schlussendlich in konkrete Massnahmen umsetzt. Eigentlich müssten diese Zusammenhänge der ganzen Bevölkerung besser bekannt sein.

Die Tätigkeit im Parlament macht Spass, es gibt Kontakte, Akzeptanz von Meinungen und Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Natürlich sind Parteibüchlein Ausdruck für Haltungen und Auffassungen wie etwas anzugehen und zu gestalten ist, aber spürbar ist meistens auch der Wille den grössten gemeinsamen Nenner zu finden. Das ist auch richtig so, und wird gerade auch in der näheren Zukunft wichtig und erforderlich sein.

Ich bin froh, dass der Ratsbetrieb wieder losgeht, denn ein Parlament hat die Oberaufsicht über Exekutive und Verwaltung. Die Exekutiven in unserem Land, vom Bundesrat über Regierungsrat und auch Stadtrat von Uster haben die vergangenen 2 Monate souverän gemeistert und konsequent und doch mit Augenmass in dieser schwierigen Situation die Führung übernommen. Wir haben aber auch gesehen, wie schmal der Grat ist zwischen Schutz und Fürsorge einerseits und Bevormundung und Einschränkung von Grundrechten andererseits. Wir haben an Beispielen von anderen Ländern auch gesehen, wie gross die Versuchung gewesen ist (und wie klein die Hemmungen) in dieser Zeit Macht an sich zu reissen, Parlamente auszuschalten, Medien zu behindern und eine neue Ordnung zu etablieren versuchen. Ich bin glücklich, dass in unserem Land die Exekutiven Führung und 'die Macht' übernommen haben, dass es aber keine Frage ist, dass jetzt die Legislativen wieder ihre Arbeit aufnehmen.

Auch in der Stadt Uster ist es wichtig, dass der Gemeinderat wieder aktiv wird, über Anträge zu debattiert und entscheidet, Vorstösse aus unseren Reihen diskutiert und aus der Menge an Meinungen und Grundhaltungen einen Konsens zimmert der 'verhebet' und der Uster weiterbringt. Es stehen ja auch viele spannende und zukunftsweisende Themen an, z. B. Stadtraum 2035 resp. das STEK – als Mitglied der Kommission für Planung und Bau, die in allen Echoräumen zum STEK mitgemacht hat und damit die Entstehung des Konzeptes sehr konkret miterlebt und auch mitgestaltet hat, freut es mich besonders, dass die Diskussion darüber heute – fast das erste Geschäft meines Präsidiums-jahres ist.

Weiter werden wir über so vielfältige Themen wie die heutige Leistungsmotion zu Open Government Data, Beruflichen und sozialen Integrationsmassnahmen oder den Kiosk Schiff lände entscheiden. Ein grosses Geschäft wird auch die mit Spannung erwartete Vorlage zum Bahnhofszentrum sein – und was dann mit den Velos dort passiert. Und ebenfalls beschäftigen werden uns die neue Gemeindeordnung und auch die Umstellung auf papierlose Geschäftsverwaltung.

Alle Geschäfte sind auch Budget-relevant und die Budgetsitzung scheint ja DIE Bewährungsprobe für die Gemeinderatspräsidien zu sein. Ich hoffe aber, ich bin bis dann warm gelaufen und hoffe auch, dass wir dann alle bei der Frage ‚wie soll sich Uster weiter entwickeln‘ offen an die Themen herangehen, unsere Sichtweisen und Prioritäten einbringen, aber dann soviel Offenheit (und Gelassenheit) zeigen, dass wir im Gesamtinteresse entscheiden können – inhaltlich und finanziell.

Ja, schon beim Schreiben und jetzt wieder bei dieser kurzen Rede steigt meine Vorfreude auf das Präsidiums-jahr. Der einzige Wehmuts-tropfen: Leider kann ich Sie im Anschluss an die heutige Sitzung nicht zur üblichen Feier einladen. Ich hoffe, wir finden eine Gelegenheit sie nachzuholen.

Denn die gesellschaftlichen Anlässe unter den Ratsmitglieder und die Begegnungen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Uster machen ja auch den Charme von 'Politik machen'.

(Applaus)

Karin Niedermann überreicht Ursula Räuftlin als Dankeszeichen eine Flasche Rotwein und überreicht Anita Borer die „berühmte Stopp-Uhr“.

b) Geschäftsleitung, Wahl des 1. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Anita Borer (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist mit Stimmen:	
Anita Borer	27
Ferner erhielten Stimmen:	
Hans Denzler	5
Barbara Keel	1
massgebende Wahlzettel	33

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Anita Borer (SVP) wird als 1. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2020/2021 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Geschäftsleitung, Wahl des 2. Vizepräsidiums

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:
Jürg Krauer (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	5
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	29
absolutes Mehr	15
Gewählt ist mit Stimmen:	
Jürg Krauer	29
Massgebende Wahlzettel	29

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Jürg Krauer (FDP) wird als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2020/2021 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Geschäftsleitung, Wahl der Stimmenzählenden

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor:

Eveline Fuchs (Grüne, bisher), Ursula Räuftlin (Grünliberale, neu) und Balthasar Thalmann (SP, bisher).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Eveline Fuchs (Grüne) wird als Stimmenzählerin, Ursula Räuftlin (Grünliberale) wird als Stimmenzählerin und Balthasar Thalmann (SP) als Stimmenzähler für das Amtsjahr 2020/2021 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

4 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Richard Sägesser (FDP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Peter Müller (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Peter Müller (FDP) wird als Mitglied der Kommission Bildung und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

5 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Peter Müller (FDP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Andrea Grob (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Andrea Grob (FDP) wird als Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

6 Leistungsmotion 569/2020 von Silvio Foiera (EDU) und Christoph Keller (SVP): Open-Government-Data-Strategie

Von Silvio Foiera (EDU) und Christoph Keller (SVP) ist am 31. Januar 2020 folgende Leistungsmotion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Open-Government-Data-Strategie (OGD-Strategie) zu fördern. Die Publikation der Daten soll, entsprechend dem Öffentlichkeitsprinzip, für die gesamte Stadtverwaltung sowie die Städtischen Betriebe zu einer verbindlichen Aufgabe werden ("open data by default"). Die Umsetzung der OGD-Strategie soll mit den dazu nötigen rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Massnahmen unterstützt werden.

Die Publikation kann auf sowohl auf einer eigenen städtischen Plattform erfolgen, primär jedoch konsolidiert auf dem zentralen Portal des Bundes opendata.swiss, sowie allfällig auf Plattformen des Kantons oder privaten Betreibern.

Begründung

«Open Government Data» helfen der Öffentlichkeit einen transparenteren Einblick in die Tätigkeit der Politik und der Verwaltung zu geben und können so die Bevölkerung bei der Partizipation an den politischen Prozessen unterstützen. Ebenso kann OGD die Effizienz der Verwaltung erhöhen, indem die eigenen Daten bereichsübergreifend besser und intensiver genutzt werden können. Auch die Datenqualität kann entsprechend verbessert werden. Schliesslich können Unternehmen mit Hilfe offener Behördendaten, neue und innovative Informationsdienstleistungen entwickeln.

Obiges Anliegen wird implizit bereits durch die «Strategie Uster 2030» Handlungsfeld 5, Smart City – «Uster schreitet digital voran» vorgegeben. Das Vorliegen strukturierter und maschinenlesbarer Daten bildet eine grundlegende Basis für die Umsetzung.

Ebenso ist zu erwarten, dass durch das Vorliegen strukturierter Daten, der Austausch und die LG bzw. GF übergreifende Nutzung vereinfacht und verschlankt werden kann, was letztlich einer Entlastung der Verwaltung dient.

Allenfalls sind dafür eines oder mehrere NPM-Ziele zu benennen, z. B. in der LG Öffentlichkeitsarbeit oder LG Informatik.

Silvio Foiera (EDU) begründet die Leistungsmotion: *Etablierung einer Open-Government-Data-Strategie. Ein technischer, gar sperriger Begriff. Doch was steckt dahinter? Geht es darum, im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips, zu dem sich der Stadtrat bekennt, Licht in die Dunkelkammer der Verwaltung zu bringen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen?*

Ich möchte das gerade vorweg nehmen, das ist allenfalls ein Nebeneffekt. Primär geht es um einen Paradigmenwechsel bei der Generierung und Bereitstellung der Daten. Während über Jahre oft Daten sehr spezifisch für eine Anwendung oder einen Zweck generiert und abgelegt wurden, stellt Open Data diese Daten grundsätzlich generisch zur Verfügung.

Dies ist insbesondere in der sich verändernden Geschäftswelt mit zunehmender Digitalisierung und digitalisierten Prozessen von Bedeutung. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern: Ist früher dem Garagisten der PC ausgestiegen, bekamen sie die Rechnung halt eine Woche später, heute wird er wahrscheinlich weder ihren Termin noch ihre Reifen finden.

Durch diese Abstraktion wird aber auch eine Skalierbarkeit ermöglicht. "Wir tun es in die Cloud" war z. B. nach dem IT Absturz/Desaster in der Verwaltung zu hören. Aber auch die aktuelle Situation um die COVID-19-Pandemie zeigt, wie plötzlich kurzfristig massive Skalierungen nötig werden können, um z. B. Kapazitäten für Home Office zu schaffen oder Mitarbeitern Zugriff auf Ressourcen zu geben die sie bislang nicht benötigten.

Die Zeit der Laufmappen geht dem Ende entgegen. Dies hat auch der Stadtrat erkannt und verlauten lassen, dass man z. B. bei Veranstaltungsfragen künftig enger und abteilungsübergreifender zusammen arbeiten wolle. Dazu reicht es jedoch oft nicht, einfach bestehende Prozesse zu digitalisieren, sondern die Definition und Organisation muss überdacht werden. Oder um das in den Worten von Thorsten Dirks, CEO der Telefónica Deutschland AG zu sagen: „Wenn sie einen Scheissprozess digitalisieren, dann haben sie einen scheissdigitalen Prozess". Um das zu verdeutlichen: wenn sie im e-Schalter ein Formular absenden, erhält dann die betreffende Dienststelle ein eMail, welches die zuständige Person lesen und darin enthaltene Daten in eine Datenbank-Maske übertragen muss? Analog einem eingereichten Papierformular? Oder werden die Daten direkt eingepflegt und müssen allenfalls nur noch von einem Sachbearbeiter geprüft und freigegeben werden? Oder kann diese Prüfung gar gegen andere Daten gar automatisiert erfolgen? Richtig umgesetzt wird ODG den Verwaltungsaufwand minimieren und Mitarbeiter freisetzen für neue Aufgaben und Projekte. Von denen wir bekanntlich nicht zu wenige haben.

Dass die Daten, wo aufgrund der Sensitivität zulässig, öffentlich abrufbar sind, ist jedoch mehr als nur ein "nice to have". So wird damit Transparenz nach dem Öffentlichkeitsprinzip geschaffen, wie auch der Grundsatz: "public money? public code!" erfüllt. Also, dass was mit Steuergeldern erhoben wird, nach Möglichkeit auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Nahezu jedes Medienhaus beschäftigt heute Datenjournalisten oder gleich ganze Teams, welche Daten zusammen ziehen und visualisieren.

Das ganze Internet-of-Things (IoT), aber auch die Robotik der Industrie 4.0 ist von solchen Daten abhängig. Dies ermöglicht aber auch Angebote für Inklusion oder Integration. Dabei muss man noch nicht mal den Zweck kennen, wofür diese Daten letztlich genutzt werden. Dies schafft und ermöglicht Innovation.

Als populäres Beispiel sei hier die Bedienung der neuen SBB-App genannt, welche von Dritten entwickelt wurde und der SBB so gut gefiel, dass sie in deren offizielle App übernommen wurde. Positionsdaten von Hydranten flossen in die Blaulicht-App ein, welche zwei Rettungswagen Fahrer entwickelt hatten. Positionsdaten von Brunnen nutzten Absolventen der Kanti Hottingen für Ihre Matura-Arbeit, die "Smart Bottle", welche so den nächsten Brunnen zum Befüllen anzeigte. Denkbar auch für Hündeler, Biker, Wanderer, etc... Die Position von Strassenlaternen ermöglichte in Winterthur die Winti-App, welche es ermöglicht den Stadtwerken defekte Strassenbeleuchtung zu melden. Als Ustermer denke ich da aber auch an ein Online-Tool zur Buchung der Kandelaberwerbung.

Während das BAG in der aktuellen COVID-19-Krise auf aktuelle Daten per Fax wartete, hat ein Informatiker eine interaktive Karte entwickelt, welche aus verfügbaren Daten sehr akkurat die Lage der Schweiz abbildete. In der USA machte das ein im Lockdown gelangweilter Schüler zuerst mit US- Daten, dann international.

Der Stadtrat hat richtig bemerkt, dass ein Initialaufwand nötig ist. Aber das hat Aufräumen so an sich. Es kostet Überwindung und Zeit, um zu beginnen. Aber je länger das Vorhaben aufgeschoben wird, desto mehr türmt sich an, was später zusätzlich bei Seite geräumt und abgearbeitet werden muss. Machen wir also den Weg frei, aufgeräumte Strukturen zu etablieren, welche der «Strategie Uster 2030» und deren Handlungsfeld 5, Smart City – «Uster schreitet digital voran» genüge tun. Für unsere Stadt, aber auch für den Bildungsstandort und Innovationsplatz Uster.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 108 vom 24. März 2020: Ablehnung): *Der Vorstoss ist an sich nicht falsch, aber den Zeitpunkt halten wir für ungeeignet. Unsere materiellen Ablehnungsgründe können Sie unserer ersten Stellungnahme entnehmen. Bei unserem GIS sind wir betreffend „open data“ bereits gut unterwegs. Eingeführt haben wir „Arbeit zu Hause“ und digitale Baugesuche. Auch die Stadt- und Regionalbibliothek konnte während der Corona-Pandemie digital geöffnet bleiben. Wir überprüfen zudem unsere Schalterdienste. Das Anliegen der Leistungsmotion möchten wir gerne umsetzen. Dieser Vorstoss ist für den Stadtrat jetzt aber ein Schritt zu früh. Lehnen Sie darum die Leistungsmotion ab.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Wieso ist es wichtig dieses Anliegen zu unterstützen, fragen Sie sich vielleicht? Wir haben doch bereits eine Strategie, die die Digitalisierung aufführt, eine Digitalstrategie und eine Vernetzung mit Kanton, Städten und Bund zu diesem Thema. Wieso also einen separaten Vorstoss zu Open Data? Dazu gibt es zwei Antworten. Eine formale und eine inhaltliche.*

Die formale Antwort ist, dass wir in diesem Themenfeld unsere Aufsichtspflicht dringend wahrnehmen müssen. Die Kostenschätzung, welche wir mit dieser Stellungnahme erhalten haben, zeigt nämlich klar, dass das Thema nicht richtig erfasst wurde.

«Die Verwaltung hat sodann auf der Basis der Gespräche mit Stadt und Kanton Zürich ein mögliches Szenario zur Einführung von OGD und der Schaffung einer entsprechenden Fachstelle mit grober Kostenschätzung ausgearbeitet.»

Die Leistungsmotion fordert keine neue Stelle, sondern eine Strategie. Diese kann gut mit externen Partnern mit den aktuell verfügbaren Ressourcen erarbeitet werden. Daraus werden sich konkrete Handlungsfelder und Projekte ergeben. Diese können dann im normalen politischen Prozess behandelt werden. Einzelne Projekte darin werden sehr einfach umzusetzen sein – z. B. die Lieferung von Daten auf bestehende Plattformen – andere werden die aufgeführten Investitionen von CHF200'000 sicher übersteigen, wenn es z. B. Anpassungen an der Systemlandschaft benötigt.

Die inhaltliche Antwort scheint mir aber wichtiger. Dazu reicht es, zwei Dinge zu vergleichen: die Vorliegende Antwort und die Priorisierung der Projekte in der Digitalstrategie:

Der Stadtrat hat uns geschrieben:

Der Nutzen von «Open-Government-Data» ist unbestritten. Die vorhandenen Mittel zur Umsetzung der städtischen Digitalstrategie sind jedoch begrenzt. Entsprechend wichtig ist es denn auch, diese zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen.

Wenn man in der Strategie von agiler Umsetzung in kurzen Intervallen liest und dann die ersten beiden priorisierten Projekte sehr unkonkret sind und eine Laufzeit von bis zu 8 Jahren haben, fragt man sich, bis wann man jemals ein konkretes Ziel erreicht haben will.

Unter Smart Governance werden die Themen: Smarte Regierung, digitaler Service, Stadtinfrastruktur sowie «offene und verknüpfte Daten» verstanden. Diese Forderung passt also perfekt in die Planung des Stadtrates. Würde man erwarten. Aber an was will man denn bis 2021 arbeiten? 3 Projekte wurden priorisiert:

- *Mobile Sitzungsvorbereitung: Sämtliche Behörden der Stadt Uster behandeln ihre Geschäfte von der Vorbereitung bis zum Beschluss digital.*
- *Change Management: Wir befähigen die Verwaltung und ihre Mitarbeitenden kontinuierlich, damit diese mit den Anforderungen des digitalen Wandels schritthalten können.*
- *Prozessorientierte Verwaltung: Eine Verwaltung von klassischen Abteilungsstrukturen lösen und zu einer Prozessorganisation hinführen, die kunden- und aufgabenorientiert agiert.*

Wenn das zielgerichtet sein soll, dann stellt sich die Frage, ob man das richtige Ziel vor Augen hat. Zwei Dinge scheinen komplett vergessen gegangen zu sein. Der Kunde und Bürger mit seinen konkreten Bedürfnissen und der Fokus auf schnelle erreichbare Ziele. Zusammen wohl die Essenz jedes Digitalisierungsvorhaben und in der Wirtschaft seit Jahren etabliert.

Was auch zu wenig Beachtung erhielt: mit Open Data schaffen wir die Voraussetzung, dass Verbesserungen in der Verwaltung nicht nur von ihr selbst, sondern auch von dritten erbracht werden können. Open Data hat somit ein riesiges Potential für Effizienzsteigerungen, die ohne grosse zusätzliche Investitionen auskommen.

Uster hat mit der Stelle eines CDO, den Strategiedokumenten und der Vernetzung auf Kantons- und Bundesebene eine gute Voraussetzung geschaffen, um die Digitalisierung aktiv zu gestalten. Offensichtlich braucht die Verwaltung heute einen kleinen «Schubser», um die Priorisierung der Aktivitäten zu justieren und den schnellen Nutzen für Kunden und Bürger wieder ins Zentrum zu stellen. Lasst uns diesen Schubser heute geben.

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Die Leistungsmotion nimmt ein Thema auf, das in die Richtung «mehr Digital» zielt. Das ist ein Gedanke, den die SP auch unterstützt.*

Die erste Stellungnahme des Stadtrats zeigt aber, dass das nicht ganz ohne ist. Wenn man «Open Data – by default» als neue Aufgabe aufnehmen will, ist das mit erheblichen Personalressourcen und Kosten verbunden ist. Da gilt es abzuwägen, welcher Nutzen erzeugt wird, und ob es nicht andere Projekte gibt, die prioritär behandelt werden sollen.

Wenn man die letzten acht Wochen anschaut, sieht man, dass betr. Digitalisierung die Stadt Uster auf dem richtigen Weg ist, das Ziel aber noch lange nicht erreicht ist. Work-at-home, digitale Prozesse, wenig Papier im Büro: Aus unserer Sicht müssen das die Schwerpunkte sein, welche in den nächsten Monaten vorangetrieben werden müssen. Und darauf sollte sich die Verwaltung konzentrieren.

Aus diesen Gründen lehnt die SP Fraktion die Leistungsmotion ab. Das heisst, sie stimmt dem Antrag des Stadtrats – die Leistungsmotion nicht entgegenzunehmen – zu.

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Wir von der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion unterstützen eine transparente Verwaltung. So haben wir in der Vergangenheit ebenfalls diverse Vorstösse dazu eingereicht. Und trotzdem lehnen wir in diesem Moment die Leistungsmotion ab. Folgende Gründe haben uns dazu bewogen:*

- *In der jetzigen Zeit ist hat ein Vorpreschen keine Priorität.*
- *Die personellen und finanziellen Aufwände sind erheblich. Hier mit der unsicheren Finanzlage zusätzliches Geld auszugeben erachten wir als nicht sinnvoll und sogar unverantwortlich.*

- *Andere Projekte, wie zum Beispiel die Erneuerung der Website uster.ch müsste zurückgestellt werden. Das darf nicht sein. Die Website ist das Kommunikationsmittel der Stadt gegenüber der Öffentlichkeit. Diese modern zu gestalten, einfach zu bedienen und mit schnellem Auffinden bei von Dokumenten ist für uns zwingend.*
- *Zudem hat die Leistungsmotion kein Wirkungs- und Leistungsziel formuliert. Somit erfüllt sie die Anforderungen an eine Leistungsmotion nicht.*
Wir begrüßen es, wenn die Stadt weiter im Rahmen der jetzigen zur Verfügung stehenden Mittel am Thema bleiben wird und freuen uns bereits jetzt auf die neue Website, wenn diese dann stehen wird.

Silvio Foiera (EDU): *Zwei Argumente möchte ich nochmals aufnehmen. Die Stadtpräsidentin sagt, es zu früh. Beatrice Caviezel hat soeben die Erneuerung angesprochen. Basis für solche neuen Dienste ist die mit der Leistungsmotion verlangte Strategie.*

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf, aber ohne Protokollierung der Namen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 18:14 Stimmen:

- 1. Die Leistungsmotion 569/2020 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Weisung 48/2019 des Stadtrates: Revision Ortsplanung «Stadtraum Uster 2035», Bericht zum festgesetzten Stadtentwicklungskonzept STEK

Der Gemeinderat stimmt einer Verlängerung der Redezeit für den Kommissionsreferenten stillschweigend zu.

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Rolf Denzler** (SVP): *Nachdem im Oktober 2016 das Projekt «Stadtraum Uster 2035» vom Stadtrat lanciert wurde, die kommunale Richt- und Nutzungsplanung zu revidieren, liegt nun das strategische Planungsinstrument bzw. der Bericht über das Stadtentwicklungskonzept (STEK) vor, welches der Stadtrat nun dem Gemeinderat zur Kenntnis vorlegt.*

In einem partizipativen Verfahren wurde das STEK erarbeitet. Ich erinnere an die gross angelegte Bevölkerungsbefragung zu Beginn des Verfahrens. In zwei grossen Echoräumen mit Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden, Vereinen, Parteien, Organisationen, Quartieren, Politik und Weiteren mehr wurden die Interessen und Wünsche aus dem Volk vertieft. Intensiv war die KPB an 10 Workshops, Echoraum 1, gefordert und sie hat an der Erarbeitung des STEK mitgewirkt. Diesbezügliche Vorschläge und Zwischenstände wurden in diesem Echoraum mit dem Stadtrat, Vertretern der Verwaltung, Fachleuten und den Planern vertieft. Die wesentlichen Themen waren u. a. Verkehr, Zentrumsentwicklung, Wohnen/Arbeiten, Landschaft.

Das STEK ist die strategische Stossrichtung der räumlichen Stadtentwicklung von Uster für die Zukunft. Wir befinden uns im Hinblick auf die Richt- und Nutzungsplanung von Uster noch auf einer höheren Flugebene – Helikoptersicht. D. h. das STEK zeigt die Ziele, Leitsätzen und Strategien auf für die räumliche und nicht räumliche Entwicklung unserer Stadt. Das STEK ist also eine planerische Leitplanke in den zentralen Themenbereichen Stadtidentität, Stadtentwicklung, Landschaft und Erholung sowie Mobilität.

Das STEK bildet die Grundlage für die Revision der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung. So zur Ausgangslage.

Es wurden 12 Schlüsselprojekte identifiziert (s. Ziff. 10.2 auf Seite 118ff.):

- *Bahnhofszentrum*
- *Verkehrsberuhigtes Zentrum*
- *Zeughausareal*
- *Landschafts- und Freiraumentwicklung Seefeld*
- *Erholungsachse Aabach*
- *Stadtwälder*
- *Allmend Heusser-Staub*
- *Belegung und Aktivierung im öffentlichen Raum*
- *Urbane Strassenraumgestaltung im Zentrumsgebiet*
- *Fuss- und Velounterführung Brunnenstrasse/Bahnhofstrasse und in Verbindung mit kantonalen Instanzen:*
- *Stadterschliessung West: Uster West*
- *Stadterschliessung Süd-Ost: Moosackerstrasse*

In der Kommissionsberatung hat der Stadtrat dargelegt, von den identifizierten Schlüsselprojekten den Bahnhof und das verkehrsberuhigte Zentrum bereits jetzt anzugehen.

Die KPB hat die sechs Themenbereiche Stadtidentität/Stadtentwicklung/Landschaft und Erholung/Mobilität/Zentrumsentwicklung/Aktive Stadtentwicklung und Umsetzung mit den Vertretern aus Verwaltung und Stadtrat diskutiert. Nachfolgend die wesentlichen Auszüge davon. Die Grenzziehung in Bezug auf die Quartiere bleibt bestehen und muss als Ganzes angesehen werden. Die Stadtteile sind als planerische Räume gedacht. Jeder Stadtteil hat eine eigene funktionale Geschichte. Wichtig ist die Geschichte für die Stadtentwicklung. Erhalten bleibt, was ist – d.h. die bestehende Identität bleibt. Wir wollen keine neuen Identitäten schaffen. Die Quartiere und ihre Vereine werden nicht in Frage gestellt. Es soll unter diesen Räumen ein funktionaler Zusammenhang gesucht werden. Für die Kommission ist die Identität der Quartiere sehr wichtig. Dabei stehen auch die Verkehrsanliegen im Fokus. Uster steht mit Volketswil und weiteren Gemeinden in Bezug auf die Berührungspunkte im Austausch.

Die Reservezone Grossriet wird als strategische Landreserve gesichert und ist vom STEK ausgenommen. Das ist Thema für die künftige Generationen.

In Bezug auf die Stadtentwicklung wurde die Frage gestellt, wieviel Veränderung kommt auf uns zu und was für Ängste löst das aus? Was bedeutet Innenentwicklung? Hier gilt es aufzuzeigen, dass Entwicklungen auch einen Gewinn darstellen können. Damit verbunden ist zwingend die klare Information an die Bevölkerung – eine grosse Herausforderung. Die bestehenden Nutzungsreserven in Uster können bereits einen grossen Teil des Bevölkerungswachstums auffangen. In der Richt- und Siedlungsplanung müssen diese Fragen vertieft behandelt werden. Bedingung ist: Uster muss erkennbar bleiben.

Uster ist als Arbeitsplatzstandort in Zusammenarbeit mit der Standortförderung und den Wirtschaftsverbänden weiter zu fördern. Auch die Wachstumsmöglichkeiten für ansässige Firmen sind aufzuzeigen. Der Stadtrat hält am Ziel «zwei Bewohnende – ein Arbeitsplatz» weiter fest und will dieses Ziel nachhaltig verfolgen.

Der Freiraum zwischen Uster und Nänikon ist als Grünraum thematisiert, welcher Nänikon und Uster verbinden soll und nicht als Trenner wirken darf. Auch soll der Erhalt des dörflichen Charakters von Nänikon im Zentrum stehen.

Die Landschaft zwischen Nänikon und Uster wurde in der KPB noch umfassender diskutiert. Sie stellt für die Kommission nicht nur ein grosser verbindender Freiraum dar. Sondern, dass hier die Landschaftsverbundung und die Wildtierverschutz wegen der Autobahn blockiert ist. Es fehlt der Zusammenhang und die Verbindung in den nördlichen Hardwald. Es ist ein empfindliches Gebiet. Das Rauschen der Fahrzeuge auf der Autobahn, die Lärmbelastung stellen ein Problem dar. Hier ist der Wunsch der KPB, dass das Projekt für die Überdeckung der Autobahn beim Stadtrat in der weiteren Planung im Fokus bleibt.

Im Bereich Mobilität hat die KPB darauf hingewiesen, dass der Kreuzungsbereich von Gschwader- und Winterthurerstrasse grösseres Potential für den ÖV aufweise als derjenige in der Looren. Gespannt ist man auch auf die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Angebotsverdichtung im S-Bahn-Netz, insbesondere auf die Rückstausituation an den Bahnübergängen (Studie SBB ist noch hängig).

Aufgezeigt wurde, wie die künftige Moosackerstrasse Voraussetzung ist für die Lösung des innerstädtischen Verkehrs. Was heisst das für den Verkehr und die Entlastung in Uster, wenn Uster West und Moosackerstrasse kommen oder nicht kommen. Das hat Auswirkungen auf das Gesamtverkehrskonzept.

Aktuell ist das Auto das Rückgrat des Verkehrs. Uster soll und muss weiterhin gut erreichbar bleiben. Doch im Innenverkehr braucht es ein Umdenken – Uster steigt um. D.h. in der Planung ist der MIV keine nachfrageorientierende Planung. Das Mobilitätsverhalten muss geändert werden. Die Angebotsplanung ist auf den innerstädtischen Verkehr auszurichten: ÖV, Fuss- und Veloverkehr soll das Mobilitätsrückgrat übernehmen.

Die behördlichen Hürden in der aktiven Stadtentwicklung sollen gemäss KPB abgebaut werden. Der Stadtrat wurde aufgefordert von sich aus vorzugehen und Massnahmen zur Effizienzsteigerung vorzunehmen.

Das STEK zeigt die Chancen von Uster auf. Wir geben uns mit dem STEK ein Leitbild für Uster der Zukunft – für ein nachhaltige und lebenswerte Stadt. Wir müssen auch wissen, dass das STEK keinen Anspruch auf Vollständigkeit darstellt. Es ist Leitlinie für die Entwicklungsmöglichkeiten von Uster.

Jetzt geht es an die Umsetzung. Das STEK ist das Grundlagenpapier für die kommunale Richt- und Nutzungsplanung. Ich verweise hier nochmals auf die Schlüsselprojekte auf Seite 118ff. des Berichtes.

Die KPB hält fest, dass das vorliegende STEK eine gute Zusammenfassung dessen ist, was in den Echoräumen erarbeitet wurde. Es spiegelt die Erkenntnisse aus den Echoräumen wider. Es sind gute Grundlagen und Voraussetzungen für die Weiterentwicklung geschaffen worden. Wir haben mit dem STEK ein sehr gutes Resultat erzielt. Die KPB dankt allen Beteiligten, die an der Erarbeitung des STEK mitgewirkt haben. Es gilt nun die Chancen für Uster zu packen.

Die KPB hat mit 8:0 Stimmen vom STEK positiv Kenntnis genommen und empfiehlt dies dem Gemeinderat auch so zu tun.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Vor genau einem halben Jahr, am 11. November 2019 habe ich Ihnen den Erarbeitungsprozess und den Inhalt des Stadtentwicklungskonzepts, kurz STEK, im Rahmen einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Wenn wir uns vor Augen halten, was seither auf Grund der Corona-Pandemie alles geschehen ist, kommt uns, kommt es mindestens mir so vor, als sei das bereits viel länger her. Trotzdem: Ich gehe davon aus, dass Sie die damalige Präsentation noch in Erinnerung haben. Auch liegt Ihnen das STEK schriftlich vor und der Präsident der vorberatenden Kommission hat Ihnen jetzt auch gerade nochmals einen Überblick über die Beratungen in der Kommission gegeben.*

Das STEK, Sie wissen es, ist die erste Etappe des Projekts «Stadtraum Uster 2035». Das Mehrjahressprojekt wird am Schluss in eine Revision der kommunalen Bau- und Zonenordnung münden. Mit dem STEK hat der Stadtrat das Ziel verfolgt, eine breite Auslegeordnung zu machen und damit eine fundierte Grundlage für die Revision des kommunalen Richtplans und der BZO zu erhalten. Das STEK schaut dabei über den Tellerrand der klassischen Stadtplanung hinaus und legt nicht nur die Grundlage für die anstehenden Revisionsarbeiten, sondern dient gleichzeitig auch als Instrument für die Positionierung Usters als Wohn- und Arbeitsstadt generell.

Das STEK ist, Sie wissen das – der Kommissionspräsident hat vorhin darauf hingewiesen – in einem breiten partizipativen Prozess erarbeitet worden, mit einer Bevölkerungsbefragung mit mehr als 1'000 Rückmeldungen, mit zwei unterschiedlich gross zusammengesetzten Echoräumen. Der eine ist aus Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammengesetzt gewesen, der zu drei Ganztagesveranstaltungen zusammengekommen ist. Der andere war mit Mitgliedern aus Ihrem Rat zusammengesetzt, der an zehn Abenden immer wieder zu verschiedenen Themen Rückmeldungen gegeben sowie die Arbeit der Fachplanerinnen und –planer gespiegelt hat. Allen, die sich an diesem Prozess beteiligt haben, insbesondere allen, die in einem der beiden Echoräumen mitgearbeitet haben, möchte ich an dieser Stelle im Namen des Stadtrates ganz herzlich danken.

Das STEK gliedert sich in vier thematische Hauptkapitel: Es sind das Stadtidentität, Stadtentwicklung, Landschaft und Erholung sowie Mobilität. Alle Erkenntnisse aus diesen Kapiteln sind im sogenannten Zielbild «Uster 2035» gebündelt worden. Auf die detaillierteren Inhalte, möchte ich an dieser Stelle, nach den Feststellungen Ihres Kommissionspräsidentin nicht mehr im Einzelnen eingehen, ich möchte aber vielleicht nochmals die grössten Herausforderungen, die sich uns stellen, kurz herausheben:

Bezüglich der Siedlungsentwicklung stehen wir in einer Phase, wo primär die Innenentwicklung der Stadt im Vordergrund steht. Um das prognostizierte Bevölkerungswachstum auffangen zu können, ist es nötig, das Siedlungsgebiet kompakt weiter zu entwickeln. Der Stadtrat hält auch am Ziel fest, dass Uster eine Stadt zum Wohnen und zum Arbeiten bleiben soll. Die Herausforderung liegt dabei vor allem beim Arbeiten. Das Wohnen, das wissen wir aus Erfahrung, läuft fast von allein.

Es läuft fast von allein, weil Uster auf Grund seiner Lage am Greifensee, mit Grün- und Freiraum vor der Haustüre als Wohnort sehr attraktiv ist. Der Freiraum soll darum auch dort wo nötig geschützt werden, dort wo möglich aber auch für Freizeitaktivitäten nachhaltig genutzt werden können. Und um Nachhaltigkeit geht es schliesslich auch beim Verkehr. Wir wissen es alle: Der Platz in einer Stadt ist knapp und darum muss es gelingen, das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung stadtverträglich auffangen zu können. Und das bedeutet: Uster steigt um – auf die Füsse, aufs Velo, auf den Bus.

Wie gesagt: Die Inhalte sind in einem breiten Prozess erarbeitet worden. Heute ist es jetzt vor allem an Ihnen, die Inhalte aus Ihrer jeweiligen Sicht zu würdigen. Der Stadtrat und die Projektleitung aus meiner Abteilung sind heute anwesend fürs Zuhören und um das Gehörte für die weitere Arbeit mitzunehmen.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle aber noch auf die zwölf, vom Stadtrat definierten Schlüsselprojekte. Sie sind aus unserer Sicht die zentralen Impulsgeber für die Umsetzung der Ziel, die wir im STEK definiert haben. Die Schlüsselprojekte wollen wir – parallel zur Überarbeitung von Richtplan und BZO – bereits jetzt angehen. Das aus zwei Gründen: Einerseits gibt es Projekte, die schlicht keinen zeitlichen Aufschub mehr erdulden – Stichwort: Busbahnhof und Behindertengleichstellungsgesetz. Andererseits wollen wir nicht einfach nur im stillen Kämmerlein weiter planen, sondern den Stadtentwicklungsprozess für die Bevölkerung spürbar und erfahrbar machen.

Ich komme zum Schluss: Der Stadtrat ist überzeugt, dass er mit dem STEK ein umfassendes, ein überzeugendes, aber auch ein realistisch umsetzbares Konzept festgesetzt hat. Ein Konzept, das in seinen zentralen Aussagen breite Unterstützung geniesst. Das hat sich an der Abschlussveranstaltung des grossen Echoraumes eindrücklich gezeigt. Und das zeigt auch darin, dass Ihre vorberatende Kommission, die Kommission Planung und Bau – Sie haben es vom Kommissionspräsidenten gehört – über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig die zustimmende Kenntnisnahme dieses Konzepts beantragt.

Schliessen Sie sich dem weisen Ratschlag Ihrer vorberatenden Kommission an! Nehmen Sie das STEK zustimmend zur Kenntnis! Ich danke Ihnen.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Beinahe erhält der Stadtrat das Prädikat «mustergültig» für die Art und Weise, wie er bei der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts die Wünsche und die Meinung der Bevölkerung in einem aufwändigen Mitwirkungsverfahren und zahlreichen Echoräumen abgeholt hat. Kein reines «top-down» sondern Ansätze von «bottom-up»! Dafür gibt es ein dickes Kompliment von uns Grünen!*

Dass am Schluss dieses Mitwirkungsverfahrens dann fast vergessen ging, das Resultat dem Gemeinderat zu unterbreiten, ist weniger böser Absicht als Nachlässigkeit geschuldet. Allerdings kann man auch bei der Weisung eine gewisse Nachlässigkeit nicht übersehen: Während der eigentliche Bericht mit grosser Sorgfalt verfasst wurde, vermissen wir diese bei den fünf Seiten, die der Stadtrat uns zur Entscheidung vorlegt. Diese kommen mehr als ausgiebiges Inhaltsverzeichnis daher als eine gehaltvolle Zusammenfassung. Taugt eine solche Weisung als Grundlage für die Diskussion heute Abend – und vor allem als Leitplanken für die Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt in den kommenden Jahren?

Ganz grundsätzlich begrüssen wir Grünen die Stossrichtung, wie der Stadtrat die Stadt in den nächsten Jahren gestalten und verändern will. Vor allem beim autofreien Zentrum und rund um den Bahnhof gilt es nun keine Zeit mehr zu verlieren. Die Fussgängerzone sollte sich allerdings nicht bloss auf die Gerichts- und Poststrasse beschränken. Auch die Zentral-, die Freiestrasse und andere Gebiete in Uster haben grosses Potential zum Flanieren und Verweilen. Ja zu «Uster steigt um!», aber: Think big!

Uster soll wachsen können. Dieses Wachstum soll aber nicht ungebremst geschehen. Wenn dann durch Verdichtung. Einer weiteren Ausdehnung der Siedlungsfläche an den Rändern inkl. Eschenbühl stehen wir Grünen kritisch bis ablehnend gegenüber. Zudem nehmen wir Grünen zur Kenntnis, dass das STEK «Die Entwicklungsreserve Grossriet [...] für eine allfällige Entwicklung ab 2050 als strategische Reserve erhalten» (S. 39) will – also genau das, was uns der Stadtrat als sogenannten «Gegenvorschlag zur Kulturlandinitiative» unterbreitet.

Und Uster soll auch die Natur neu entdecken, zur Erholung aber auch um ihre Vielfalt besser zu schützen und zu fördern. Am Aabach, am Greifensee, in den Wäldern oder zwischen Nänikon und Uster, wo die Stadt Uster den Autobahndeckel einfordern soll.

Allerdings verstehen wir Grünen nicht, dass der Stadtrat in seiner Weisung Uster-West und die Moosackerstrasse als «Schlüsselprojekte» identifiziert – abgesehen davon, dass der Beitrag nur schwerlich auszumachen ist, den diese beiden Strassen für «Uster steigt um!» leisten soll...

Auch wenn diese beiden Projekte in die Zuständigkeit des Kantons fallen, bedeutet dies nicht, dass wir ihm das ganze Spielfeld überlassen müssen. Wichtig wäre, dass jetzt die Stadt Uster ihre eigenen Bedürfnisse bei diesen beiden Projekten darlegt und einbringt. Es kann doch nicht unser Ziel sein, uns bis ins Jahr 2035 an Projekte zu klammern, die keine Zukunft haben. Angebracht wäre, mit Weitblick nach dem Plan B Ausschau zu halten und das Problem bei seinem eigentlichen Namen zu nennen: DAS Schlüsselprojekt für Uster ist ein «Bahnübergang» – sich bei der Suche danach, alleine auf Uster West zu verlassen, bedeutet, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben.

Alles in allem: Das STEK ist eine bodenständige Leistung. Damit geht die Stadt Uster in die richtige Richtung, mehr aber auch nicht. Der grosse Wurf für die Zukunft ist es nicht. Wie müssen wir unsere Stadt gestalten und entwickeln, um sie fit für die anstehenden Herausforderungen zu machen? Auf diese wichtige Frage in Zeiten von Klimawandel und vom sich abzeichnenden Ende des fossilen Zeitalters gibt dieses STEK leider noch keine Antwort.

Paul Stopper (BPU): Der Stadtrat will mit der «zustimmenden Kenntnisnahme» zum STEK vom 20. August 2019 gleichzeitig die Zustimmung des Gemeinderates zur Weisung 48/2019. Damit stimmen wir aber zwei Dingen zu: Erstens dem STEK und zweitens der Weisung 48/2019, welche im Textteil zum Teil völlig unnötige «Schlüsselprojekte» enthält.

Die Stadt Uster hat meiner Ansicht nach andere, grössere Probleme zu lösen als die in der Weisung aufgeführten Schlüsselprojekte.

Eines der thematischen Ziele des STEK heisst «Mobilität: Uster steigt um». Wie Uster umsteigen soll, wird in der Weisung 48 nicht näher ausgeführt. Im ausführlichen STEK-Bericht sind auf den Seiten 78–95 unter «07 Mobilität» solche ausgeführt, in den Schlüsselprojekten der Weisung 48 ist keine einzige öV-Massnahme enthalten. Die Weisung bildet also den STEK-Bericht in keiner Weise ab. Mit dem einzigen Wort «Bahnhofzentrum» kann ja nicht der ganze öV gemeint sein.

Die S-Bahn und deren Ausbau existiert in der Weisung 48 nicht und von einem Ausbau des Busnetzes in und um Uster ist nichts zu erfahren. (Gut, vielleicht hat der Stadtrat die gegenwärtige Corona-Situation vorausgesehen, in welcher von höchster Stelle dringend von der Benützung des öV abgeraten wird.)

Für den Fuss- und Veloverkehr wird in der Weisung 48 nur die «Velo-Unterführung Brunnenstrasse/Bahnhofstrasse» erwähnt. Wie sollen sich die Fussgänger und Velofahrer auf den beiden Strassen (Brunnen- und Bahnhofstrasse) sicher fortbewegen? Letztere sind selbst gemäss Stadtrat zu eng, um etwas Konkretes machen zu können.

Der Stadtrat macht einen riesengrossen Bogen um den Ausbau der Unterführung «Mitte» zu einer durchgehenden Nord-Süd-Velo-Achse.

Nach meiner Ansicht muss die Weisung 48/2019 einen eigenen Teil «Mobilität» mit folgenden Schlüsselprojekten aufweisen:

- Doppelspur Uster–Aathal (kurzfristig in Zusammenarbeit mit dem BAV, SBB, Kanton (VD, ZVV, Baudirektion, Koordination mit dem Leitbild Aabach der BD)
- Prüfung einer neuen S-Bahn-Haltestelle Oberuster im Zusammenhang mit dem Doppelspurausbau Uster – Aathal (kurzfristig)
- Forcierung der Unterführung Winterthurerstrasse als Ersatz für den Niveauübergang (kurzfristig unter Leitung des Kantons); Volksabstimmung vom November 2012
- Überprüfung und Sanierung resp. Ersatz von Niveauübergängen in Uster im Zusammenhang mit der Doppelspur Uster–Aathal und dem Angebotsausbau der S-Bahn (kurzfristig)
- Überprüfung Innerortsbuslinien-Netz und des Bushaltestellen-Netzes in Uster
- Ausbau Buslinien-Netz in die Nachbargemeinden und -regionen
- Durchgehende Personen- und Velo-Unterführung «Bahnhof Uster Mitte» (Webernstrasse–Industriestrasse)
- Vergrösserung bewachte Veloabstellanlage Bahnhof Uster Mitte mit direkten Zugängen auf die Perrons (Einreichung bei den Agglomerationsprogrammen des Bundes)

Zum Städtebau gehört noch folgender Grundsatz:

- «Uster verzichtet auf Hochhäuser»
 - Wie geht es mit dem Eschenbühl weiter? Soll das Gebiet jetzt überbaut werden oder was?
- Von den Schlüsselprojekten (Seite 3) sind folgende überflüssig und aus der Weisung zu streichen:
- Landschafts- und Freiraumentwicklung Seefeld
 - «Erholungsachse Aabach» (vgl. Punkt 3)
 - Stadtwälder (besser wären Urwälder statt Erschliessung jedes noch so kleinen Waldes mit noch mehr Wegen, positive Wirkungen: Vermeidung von Störungen des Wildes, Erhöhung Biodiversität und überall Baumfällungen, siehe Zellwegerweiher)
 - Allmend Heusser-Staub (Verzicht auf Verlegung Fussballfelder von der Heusser-Staub-Wiese ins Buchholz). Dieses Schlüsselprojekt interessiert auch niemanden.
 - «Fuss- und Velounterführung Brunnen-/Bahnhofstrasse»
 - Stadterschliessung West: Uster West oder Alternativprojekt (mittelfristig, unter Leitung Kanton). Was heisst mittelfristig? Was heisst Alternativprojekt? Hier gibt es die Lösung seit vierzig Jahren, nämlich die Unterführung Winterthurerstrasse.
 - Stadterschliessung Süd-Ost: Moosackerstrasse (mittelfristig, unter Leitung Kanton)». Diese kantonale Strasse muss doch vom Stadtrat bekämpft werden!

Angesichts der Dürftigkeit der Weisung 48/2019 beantrage ich die Rückweisung der Weisung. Falls dies nicht gelingt und keine der vorerwähnten Anliegen – oder einzelne davon – aufgenommen werden, bleibt mir nur eine Ablehnung des stadtträtlichen Antrages, der Gemeinderat solle «zustimmend Kenntnis» nehmen.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Im Grunde genommen hatte ich mein Referat zum STEK bereits zu Jahresbeginn geschrieben, die Erkenntnisse der letzten Wochen aus der Lock-Down Situation haben mich aber dazu bewogen, das Referat teilweise neu zu schreiben. Auch wenn die aktuelle Situation hoffentlich kein Dauerzustand wird und das STEK einen Zeithorizont bis zum Jahr 2035 hat, der Lock-Down war eine Art Lackmustest für die geplanten Stossrichtungen des STEK. Epidemien oder gar Pandemien dürften auch in Zukunft auftreten und sollten daher in die Planung miteinfließen.*

Es ist offensichtlich geworden, dass Verdichtung Grenzen hat. Wenn immer mehr Leute quasi aufeinandersitzen, kann dies zu vielfältigen Problemen führen. Vor- und Nachteile müssen daher gut abgewogen und der maximal verträgliche Dichtegrad muss für jeden Stadtteil einzeln bestimmt werden.

In den letzten Wochen hat das Regionale wieder vermehrt an Bedeutung gewonnen, die eigene Stadt als attraktiver Lebensort wurde unverzichtbar. Sehr erfreulich war, dass sich die Leute deutlich mehr an der frischen Luft bewegen und Zeit in der Natur verbringen. Wenn ich früher Joggen ging, war ich allein, heute kreuzen mich auf der gleichen Strecke mindestens 10 Joggende. Unsere Wälder, Flüsse und Parks werden deutlich mehr beansprucht und das bedingt daher auch, dass deren Nutzung klarer geregelt und die entsprechenden Nutz- aber auch Schonflächen definiert sind. Dies sind wichtige Schlüsselprojekte des STEK.

Dafür hat der hochgelobte ÖV in den letzten Wochen seine Schattenseiten offenbart. Für solche Krisenzeiten ist diese Art der Beförderung in der heutigen Form nicht geeignet. Hingegen wurde der Individualverkehr, auch der motorisierte, zum unverzichtbaren Fortbewegungsmittel.

Ausnahmen bestätigen die Regel, die Buslinie 818 ins Sportzentrum ist klar im Vorteil. Diese Linie benutzt sowieso niemand und daher können dort die BAG-Massnahmen jederzeit ohne Probleme eingehalten werden.

Als Mitglied der KPB und somit des Echoraums 1 kann ich attestieren, dass sich die Erkenntnisse aus den Echoräumen in diesem STEK im Grossen und Ganzen widerspiegeln.

Herausgekommen ist ein insgesamt stimmiges und vielfältiges Konzept, in welche Richtung sich Uster entwickeln könnte oder allenfalls sogar auch wird.

Heute nehmen wir dieses Stadtentwicklungskonzept allerdings nur zur Kenntnis, eine vertiefte inhaltliche Diskussion ist heute also nicht gewünscht. Diese wird dann bei der angelaufenen Richtplanung und in den aus dem STEK entstehenden Projekten erfolgen. Ich will daher an dieser Stelle festhalten, dass eine zustimmende Kenntnisnahme zur Weisung 48 noch keine uneingeschränkte Zustimmung zum gesamten Inhalt und den Schlüsselprojekten dieses STEK ist.

Aufgrund des partizipativen Erarbeitungsprozesses sind die Begehrlichkeiten zahlreich ausgefallen und es dürfte sehr schwierig sein, diese allesamt zu berücksichtigen und insbesondere finanziell tragbar umzusetzen. Der Stadtrat wird also gefordert sein, alle diese Wünsche unter einen Hut zu bringen und ist dabei wohl auch auf externe Geldgeber angewiesen. Damit Investoren an Bord geholt werden können, muss es dem Stadtrat gelingen, die Stadt attraktiv zu positionieren. Als Wohn- aber insbesondere auch als Arbeitsstandort!

Das angestrebte Verhältnis Anzahl Einwohner zu Anzahl Arbeitsplätze von 2:1 soll einfach ungefähr das heutige Verhältnis bewahren. Dies ist weder sonderlich mutig noch ambitioniert, insbesondere weil man sogar noch ca. 600 neue Arbeitsplätze des Kantons auf dem Gerichtsplatzareal praktisch geschenkt bekommt. Ein progressiveres Vorgehen der Standortförderung, verbunden mit einer wirtschaftsfreundlicheren Politik wäre daher dringend notwendig! Eine attraktive lokale Arbeitswelt sorgt dafür, dass die Ustermer und Ustermerinnen auch in Uster arbeiten können. An einem festen Arbeitsplatz oder allenfalls auch in temporären „Co-Working Spaces“. Dies belebt das Zentrum und ist das beste Rezept gegen die überfüllten Pendlerzüge. Die Wichtigkeit lokaler Arbeitsplätze haben die letzten Wochen deutlich aufgezeigt.

Wir gehen weiter davon aus, dass der Stadtrat und auch der Stadtplaner bei der Festsetzung einzelner Massnahmen zudem auch den Volkswillen respektieren wird. So konnte die Stimmbevölkerung in der Vergangenheit zu einzelnen Themenfeldern dieses STEK bereits ihre Meinung kundtun. Beispiele sind die neue Abstellplatzverordnung, flächendeckende Tempo-30-Zonen, beides wurde vom Stimmvolk abgelehnt, oder auch die Erweiterung des Stadtparks im Bereich Untere Farb, welche klar angenommen wurde. Diese Abstimmungsergebnisse gilt es zu respektieren und in der weiteren Planung zu berücksichtigen: Vom Stadtplaner, vom Stadtrat und schlussendlich auch vom Gemeinderat. Es wäre unschön, wenn ideologisch geprägte Anträge an der Urne korrigiert werden müssten.

Auch wenn in einzelnen Themen die Vorschläge bereits relativ konkret sind, die allgemeine Flughöhe des STEK ist beträchtlich und Themen wie die finanziellen Auswirkungen oder auch Lärmemissionen wurden nur am Rande oder gar nicht betrachtet. Eine Rückweisung des Antrags macht sicher keinen Sinn. Bereits mit der Festsetzung des Regionalen Richtplanes werden diese Ideen Boden unter den Füßen bekommen und von der groben Übersicht wird man ins Detail gehen müssen. Wir freuen uns darum auf die nächste Phase!

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann** (SP): *Die SP-Mitglieder der KPB hatten das Vergnügen, im Rahmen der erwähnten Echoräume ganz nah an der Entwicklung des STEK dabei zu sein. Die schöne Publikation zeigt ein beeindruckendes Ergebnis, entstanden in einem partizipativen Prozess mit grossem Engagement aller Beteiligten. Darum schon an dieser Stelle ein grosses Lob und ein grosser Dank allen Verantwortlichen und Beteiligten der Stadt, den Fachplanern und dem Moderator. Und darum kann ich auch grad an dieser Stelle sagen: Wir nehmen den Antrag des Stadtrats, das STEK, mit voller Überzeugung zustimmend zur Kenntnis! Die Anträge von Paul Stopper lehnen wir ab.*

Nun erwarten wir aber, dass das Konzept nicht ein nettes Werk bleibt, sondern dass jetzt zügig die Umsetzung des Konzeptes resp. der definierten Schlüsselprojekte an die Hand genommen wird. Dazu gehört, dass die Schlüsselprojekte vorangetrieben und die nötigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Corona-Geschichte macht allen Finanzplanungen einen dicken Strich durch die Rechnungen. Es ist aber gerade die öffentliche Hand, die nun mit aller Kraft mithelfen muss, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das macht sie, wenn sie substantielle Aufträge erteilen kann, von denen viele Auftragnehmer profitieren können. Daran sollten wir uns dann hier in diesem Saal bzw. im Gemeinderatssaal bei den konkreten Anträgen erinnern!

Drei Gedanken, die in einer SP-Mitgliederversammlung diskutiert worden sind, möchte ich noch mit Ihnen teilen. Zu den Schlüsselprojekten Aufwertung des öffentlichen Raums und Urbane Strassenraumgestaltung kam ein bedenkenswerter Vorschlag auf, nämlich die Umrüstung der Busse zu Trolleybussen. Die direkte Ableitung von Strom ist nämlich die effizienteste Energienutzung und darüber hinaus ein Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs.

Ein zweiter grundsätzlicher Punkt ist die Frage, ob die Reservezonen wirklich schon in dieser Generation für Entwicklung freigegeben werden sollen. Wir packen gerade erst das Thema Verdichtung an. Das ist zwar nicht einfach, aber wir würden es uns zu einfach machen, Wachstum v. a. mit dem Verbauen von freien Flächen zu erreichen.

Und zum Dritten: Bei aller Entwicklung der Stadt und dem Wachstum: Uster hat den unschätzbaren Schatz seiner Geschichte: einerseits die Quartiere mit Dorfcharakter, die grundsätzlich erhalten und gepflegt werden sollen, andererseits seine Industriegeschichte mit dem Aabach als Lebensader für die ehemalige Industrie, die mit dem Aabachpark wieder mehr zum Tragen kommen könnte.

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (BDP): *Im Gegensatz zu Jürg Krauer musste ich mein Referat nicht umschreiben. Wir sind heute hier um das STEK zur Kenntnis zu nehmen. Kenntnisnahmen sind immer ein bisschen schwierig. Immer wenn wir etwas «nur» zur Kenntnis nehmen können, stellt sich auch die Frage, wie wir damit umgehen. Wenn ich an die jährlichen Geschäftsberichte der Energie Uster AG denke, verhallen die kritischen Bemerkungen meist irgendwo im nirgendwo, weshalb unsere Hoffnung begrenzt ist, dass aus der heutigen Kenntnisnahme zählbares in die weitere Planung einfließen wird.*

Die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion hält fest, dass sich der Gemeinderat am 23. Januar 2017 einstimmig für den Kredit und das Vorgehen zu Stadtraum Uster 2035 resp. der Revision der Ortsplanung ausgesprochen hat. Insofern könnten wir nun nach Abschluss der Phase 1 einfach nüchtern bestätigen resp. zur Kenntnis nehmen, dass

- der partizipative Ansatz umgesetzt wurde,*
- wir ein hoffentlich breit abgestütztes Entwicklungskonzept in den Händen halten,*
- der Grundstein für die Überarbeitung der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung gelegt ist,*
- Schlüsselprojekte definiert wurden, welche die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion teilweise ablehnen*

• und dass bereits eine Menge Geld des Kredits von 1'670'000 Mio. Franken eingesetzt wurde.

Dabei kann ich es selbstverständlich nicht belassen. Ohne das STEK in der Tiefe zu kommentieren, möchte ich 4 Punkte herausstreichen, welche der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion wichtig sind:

- 1. Im STEK allgegenwärtig ist die Wachstumsvorgabe, welcher uns der Kanton macht. Es ist die Rede davon, dass wir in der laufenden Ortsplanungsrevision ein Wachstum von 20 % resp. 7'000 Personen ermöglichen müssen. Dabei ist die Gebietsentwicklung Eschenbühl mit zusätzlichen 2'000 Personen nicht einmal eingerechnet.
Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, dass Uster vernünftig wachsen soll. Wir wehren uns jedoch gegen kantonale Vorgaben, welche vom Stadtrat offensichtlich nicht im Geringsten hinterfragt werden. WIR sollen in erster Linie entscheiden, wo und wie Wachstum in Uster zu erfolgen hat und nicht die Obrigkeit aus Zürich. Dabei ist für uns auch klar, dass zuerst einmal der Beweis der Verdichtung gegen Innen erbracht werden soll, bevor z.B. überhaupt an eine Überbauung des Eschenbühl gedacht werden kann.*
- 2. Als eines der Schlüsselprojekte ist die Allmend Heusser-Staub aufgeführt. Es ist bedauerlich, dass der Stadtrat nicht bereit ist von seinen utopischen Plänen einer Parklandschaft am schattigsten Ort von ganz Uster abzurücken. Komme was wolle, die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die „Heussi“ ein Ort des Sports und des Fussballs bleibt.*
- 3. Wir haben einen Schatz direkt vor der Haustüre, welchen wir als selbstverständlich erachten. Der Schatz, das ist unser Naherholungsgebiet am Greifensee. Sein Zustand bereitet uns aber auch Sorgen. Es gibt Tage, da sprengen die Menschenmengen das Mass des erträglichen. Daher begrüssen wir die Gedanken mit der Entflechtung resp. den neuen Freiflächen am Greifensee.*
- 4. Das Motto «Uster steigt um» finden wir toll. Dabei gilt es aber auch festzuhalten, dass der heutige Stadtrat bereits zwei Jahre im Amt ist, aber keine nennenswerte Verbesserung der Velo- und Fussgänger-Infrastruktur erkennbar ist. Dabei wäre das verkehrsbefreite Zentrum so leicht umzusetzen. Das STEK zeigt es, Papier haben wir mehr als genug, aber mit Entscheidungen hapt es offensichtlich, da tut sich der Stadtrat schwer.*

Weitere Themen in unserer Fraktion waren das angepeilte Arbeitsplatzwachstum im Vergleich zur Einwohnerzahl, welches wir loblich finden aber uns fragen, ob es wirklich realistisch ist und bei teils Gebäudehöhen haben wir den Eindruck, dass die Gebäudehöhen zu hoch angesetzt sind, man beachte bereits jetzt den Widerstand im Brunnenwiesenquartier.

Abschliessend ein grosses Dankeschön für die geleistete Arbeit, wir werden den Antrag selbstverständlich zustimmend aber keineswegs euphorisch zur Kenntnis nehmen.

Ursula Räuftlin (Grünliberale): *Da dieses Traktandum eigentlich für diejenige Sitzung traktandiert gewesen ist, die noch unter meiner Ägide als Ratspräsidentin hätte stattfinden sollen, wurde die Pflicht zum Verfassen des Fraktionsvotums an Ivo Koller übertragen, da ja unser zweites KPB-Mitglied Wolfgang Harder aus dem Gemeinderat zurücktreten musste. Als langjähriges KPB-Mitglied lasse ich es mir nicht nehmen, zum STEK noch ein paar persönliche Worte zu verlieren, habe ich doch beim Stadtrat nachgehakt, dass das Zur-Kennntnis-Nehmen zwingend in einer Gemeinderatssitzung stattfinden muss, um eine öffentliche Diskussion über das STEK durchzuführen. Leider ist nun die heutige Sitzung nicht ganz so öffentlich, wie ich mir dies vorgestellt hatte.*

Die Begleitung des STEK in der Kommission war eine zeitintensive, aber sehr interessante Aufgabe. Herausgekommen ist ein Konzept, das einen in den Echoräumen breit abgestützten Konsens abbildet. Man muss der KPB ein Kränzchen winden. Obwohl diese Samstagsworkshops und die Abendsitzungen zu unserem üblichen Sitzungsprogramm dazugekommen sind, waren die meisten Mitglieder an jeder Sitzung anwesend. Die Diskussionen waren geprägt von Sachlichkeit und Respekt gegenüber anderen Meinungen. Bei den meisten Themen konnte man einen gemeinsamen Nenner finden. Am meisten divergierten wie nicht anders zu erwarten die Meinungen zu den Verkehrsthemen. Insgesamt spricht so vieles für dieses STEK, dass ich den vorliegenden Rückweisungsantrag von Paul Stopper nicht unterstützen werde. Ganz abgesehen davon, dass es sich hier ja lediglich um eine Kenntnisnahme und nicht um eine Zustimmung zum Konzept handelt, macht eine Rückweisung gar keinen Sinn.

Aus meiner Sicht gibt es aber durchaus einige Punkte, die aus meiner Sicht zu hinterfragen sind:

- Mir persönlich gehen die Gebäudehöhen im Stadtzentrum eindeutig zu weit. Mit Gebäuden von bis zu 60 m wird die Sichtbeziehung vom Känzeli zu der Burg und der Kirche behindert. Die Verdichtung im Zentrum kann anders erreicht werden. Mit Blockrandbebauungen lassen sich Räume schaffen, die deutlich bessere Aufenthaltsqualitäten aufweisen als die unsäglichen Leeräume zwischen einzelnen Türmen. Oder fühlt sich jemand von Euch wirklich wohl im Kern Nord oder Süd?*
- Ein grosses Gewicht ist der Ansiedlung von Arbeitsplätzen beizumessen, damit mehr Einwohner von Uster in Uster arbeiten können und dadurch mit kürzeren Arbeitswegen der Anteil an Fuss- und Veloverkehr gefördert werden kann.*
- Die Freiräume in Uster sind zu erhalten. Gerade in den letzten Wochen wurde der Wert dieser Grünräume von grossen Teilen der Bevölkerung sehr wertgeschätzt. Umso wichtiger ist es, dass nicht nur das Grossriet in Nänikon sondern auch das Eschenbühl unüberbaut bleiben.*
- Die Nutzung von einzelnen stadtnahen Wäldern als Erholungsgebiete unterstütze ich sehr und auch der Druck auf die Erholungsgebiete in den letzten Wochen hat gezeigt, wie wichtig die Entflechtung der verschiedenen Nutzer am Greifensee ist.*

Seit mehreren Monaten sind nun der Stadtrat und die beauftragten Büros mit der Erarbeitung des Richtplanes beschäftigt. Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, die KPB in einem genügt frühen Stadium in dieser Erarbeitung zu involvieren. Nur so kann der Schwung aus der Erarbeitung des STEK auch in die nächsten beiden Phasen der Ortsplanung mitgenommen werden.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Jetzt muss ich aufpassen, was ich sage, denn ich habe den Abteilungsvorsteher Bau hinter meinem Rücken sitzen. (Heiterkeit im Saal) Als Erstes möchten wir dem Geschäftsfeld Stadtraum und Natur zur erfolgreichen Durchführung des Projekts gratulieren. Wir können wohl nur erahnen, was für ein Aufwand dahintersteckt. Damit das STEK 2035 überhaupt durchgeführt werden konnte, mussten die Organisatoren inhaltliche Leitlinien setzen und Vorgaben machen. Das ist einerseits eine grosse Stärke des STEK-Prozesses. Gleichzeitig waren diese Vorgaben aber auch die grösste Schwäche des Prozesses. Die Echoräume waren tatsächlich nur Gremien, die auf Ideen und Vorschläge ein Echo gaben. So wurde gelegentlich das Visionäre im ganzen Prozess vermisst. Aber zugegeben: Wenn sich das STEK nur um Visionen gedreht hätte, dann würden wir noch heute einem Resultat nachrennen.*

Dass die Projektgruppe unter den Dutzenden von Vorschlägen auch ihre Lieblingskinder hatte, hat schon da und dort durchgeschienen. Böse Zungen behaupten, dass auch bei einem Echo mit lauter roten Klebepunkten gewisse Ideen den Einzug in den Schlussbericht gefunden hätten.

In den Echoräumen 1 und 2 haben sich die Vertreter der SVP/EDU-Fraktion eingebracht und wir haben auch den Stadtplaner und den Bauvorstand an eine Fraktionssitzung eingeladen, damit die ganze Fraktion über das STEK informiert werden konnte.

Ich kann es Ihnen recht pauschal mitteilen: Vieles im STEK-Schlussbericht stösst auch bei uns auf Zustimmung. Manches wird mit einem kritischen Auge bedacht und gelegentlich muss man sich noch über den Weg unterhalten, wie man ein Ziel erreichen will. Und auch, wie man die Bahngleise queren kann.

Aber zusammengefasst können wir festhalten, dass der STEK-Schlussbericht ein gelungenes Grundlagenpapier für die Entwicklung unserer Stadt ist.

Der Antrag des Stadtrates lautet ja auf zustimmende Kenntnisnahme. Das hat er natürlich geschickt eingefädelt mit dieser Formulierung. Aber mit ein paar Ausnahmen können wir dieser zustimmenden Kenntnisnahme tatsächlich zustimmen.

Ganz zum Schluss muss ich noch etwas frotzeln: Dem Referat von den Grünen merkt man an, dass ihre Vertretung in den Echoräumen jeweils nur die erste halbe Stunde anwesend gewesen ist.

Stadtrat Stefan Feldmann: *Als erstes besten Dank für die geführte Diskussion. Ich kann feststellen, dass das STEK im grossen Ganzen bei Ihnen auf Zustimmung stösst. Die Stossrichtung stimmt also, wird von Ihnen grossmehrheitlich geteilt und bietet uns eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.*

Klar ist auch, und das ist auch nicht überraschend, dass Sie beim einen oder anderen Projekt auch noch Fragen haben, zuerst wissen wollen, wie denn das genau umgesetzt werden soll, wie das aussehen wird und wie die Kosten sein werden. Das ist auch völlig verständlich, und wir werden vieles von dem, was da im STEK drinsteht dann im Rahmen von Umsetzungsprojekten auch weiter miteinander diskutieren, mit der Bevölkerung, mit der Wirtschaft und auch mit Ihnen, wenn der Stadtrat dann die entsprechenden Anträgen vorlegen wird.

Nochmals danke für die Diskussion. Der Stadtrat und die Projektleitung nehmen Ihre Anmerkungen und Überlegungen für die weitere Arbeit gerne so mit. Zwei Dinge dennoch: 1. Ivo Koller hat kritisiert, dass wir die Wachstumsvorgaben des Kantons nicht hinterfragt hätten. Das ist so, diese Vorgabe ist aber eine verbindliche Plaungsvorgabe für den Kanton und die Gemeinden. Es ist bemerkenswert, dass alt Kantonsrat Ivo Koller dazu aufruft, kantonale Vorgaben zu missachten. 2. Zur Länge der Weisung (zu Patricio Frei gewandt): Wir wollten Ihre Ressourcen schonen, denn das STEK hat rund 130 Seiten, deshalb wollten wir die Weisung etwas knapper halten. Die Details, etwas zu „Uster steigt um“ werden dann ja im STEK erläutert.

Jetzt noch zum Rückweisungsantrag Paul Stoppers: Nicht überraschend beantrage ich Ihnen die Ablehnung dieses Antrags. Ich glaube, er basiert auf einem fundamentalen Missverständnis dem Prozess gegenüber. Ich verweise Sie auf den einstimmigen Beschluss Ihres Rates vom 23. Januar 2017 (Antrag 87/2016), mit dem Sie den Startschuss zum Projekt «Stadtraum Uster 2035» gegeben und gleichzeitig den entsprechenden Kredit für die erste der beiden Phasen bewilligt haben. Dort haben Sie definiert, dass das STEK eigenverbindlich vom Stadtrat festgesetzt und dem Gemeinderat zur zustimmenden Kenntnisnahme unterbreitet werden solle. Genau das hat der Stadtrat getan. Die Kompetenzordnung ist da klar und eindeutig. Er hat das STEK – wie vorgesehen – eigenverbindlich festgelegt und beantragt Ihnen – wie gewünscht – die zustimmende Kenntnisnahme. Selbstverständlich darf man mit dem Inhalt des STEK nicht einverstanden sein. Paul Stopper hat das in seinem Votum jetzt auch sehr deutlich gemacht. Und das ist auch sein gutes Recht. Aber es ist ein Missverständnis, wenn die Meinung besteht, mit einem Rückweisungsantrag oder einer Umformulierung der vorliegenden Weisung könne jetzt der Inhalt des STEK auf irgendeine Art und Weise nochmals aufgeschnürt werden. Das ist auf Grund der vorgegebenen Kompetenzordnung nicht möglich. Und – und das ist fast noch wichtiger als formale Gründe – es ist offenbar auch nicht nötig: Die Diskussion von vorhin hat gezeigt, dass das STEK, so wie es vom Stadtrat festgesetzt worden ist, im Grundsatz vom Gemeinderat gestützt wird. Ein Rückweisungsantrag macht darum weder formal noch formell einen Sinn. Lehnen Sie diesen Antrag ab!

Ich bitte Sie, auch den Eventualantrag Paul Stoppers abzulehnen. Rein formell gesehen, macht es zwar keinen Unterschied, ob Sie jetzt das STEK „zustimmend zur Kenntnis“, nur „zur Kenntnis“ oder sogar – dieser Antrag ist allerdings nicht gestellt worden – „ablehnend zur Kenntnis“ nehmen, denn die erste Phase des Projekts «Stadtraum Uster 2035» wird am heutigen Abend, mit Ihrer Diskussion so oder so abgeschlossen sein.

Trotzdem bitte ich Sie, das STEK – wie vom Stadtrat und wie von Ihrer vorberatenden Kommission einstimmig beantragt – zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Mit einer zustimmenden Kenntnisnahme drücken Sie – auch wenn Sie wie gesagt, vielleicht nicht hinter jedem Strich oder Komma des STEK stehen können und wie gesagt, da und dort dann noch zuerst wissen wollen, wie das umgesetzt werden wird – mit einer zustimmenden Kenntnisnahme drücken Sie vor allem eines aus: Anerkennung für die geleistete Arbeit: Für die von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die von Fachplanerinnen und Fachplanern, für die von den Vertreterinnen und Vertretern aus der Zivilgesellschaft im grossen Echoraum und nicht zuletzt auch für die Arbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen aus der KPB, die im kleinen Echoraum enorm viel zum vorliegenden Konzept beigetragen haben. Sie alle haben, so meine ich, so meint der Stadtrat, haben diese Anerkennung für die geleistete Arbeit verdient.

Paul Stopper (BPU) hat einen Rückweisungsantrag (Art. 34 Abs. 1 GeschO GR) und eventualiter einen Änderungsantrag, das Wort „zustimmend“ sei zu streichen, gestellt.

Die Abstimmungen erfolgen unter Namensaufruf, aber ohne Protokollierung der Namen.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 1:32 Stimmen a b g e l e h n t .

Abstimmung über den Änderungsantrag, das Wort „zustimmend“ sei zu streichen.

Der Antrag wird mit 2:31 Stimmen a b g e l e h n t .

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:1 Stimmen:

- 1. Vom Stadtentwicklungskonzept STEK, vom Stadtrat am 20. August 2019 festgesetzt, wird zustimmend Kenntnis genommen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

8 Postulat 567/2019 von Patricio Frei (Grüne): Solarstrom im Standardprodukt für Usters Energieversorgung

Von Patricio Frei (Grüne) ist am 13. Dezember 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die Energie Uster ihr Standardprodukt so ausgestaltet, dass mindestens 15 % der Elektrizität aus Solarenergie gedeckt werden. Kundinnen und Kunden (Private wie auch Unternehmen), welche das bisherige Produkt wünschen, sollen dies individuell verlangen können (Opt-out).

Begründung

Kundinnen und Kunden in Uster erhalten ihre Elektrizität von der Energie Uster AG aus Wasserkraftproduktion. Wer einen zusätzlichen Beitrag für die Umwelt leisten möchte, kann bei der Energie Uster für einen bestimmten Betrag Solarstrom kaufen.

Um die vom Schweizer Stimmvolk beschlossene Energiewende in unserem Land voranzubringen, braucht es ein kräftiges Wachstum bei den erneuerbaren Energien sowie einen markanten Rückgang bei den fossilen Energien. Deshalb soll die Energie Uster AG neu das Standardprodukt mit mindestens 15% Solarstromausgestalten. Der Stadtrat soll aufzeigen, in welchem Zeitrahmen eine Umstellung der Standardprodukte möglich ist und wieviel davon jetzt schon durch eigene Anlagen oder solche in der Region sichergestellt werden kann. Zudem soll er aufzeigen, wie die restlichen benötigten Mengen an Solarstrom vorübergehend durch Zukauf im Inland beschafft werden können (Zukäufe im Ausland nur wenn nicht anders möglich) und wie der Anteil durch regionale Anlagen schrittweise gesteigert werden soll.

Konkret bedeuten die neuen Standardprodukte für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 4500 kWh Elektrizität, dass er 675 kWh Solarstrom zu einem Aufpreis von 16.45 Rp./kWh erhält. Die Mehrkosten dürften im Bereich von 12 % (vorher 905, neu 1016 Franken) liegen, können aber natürlich auch mit Energiesparen kompensiert werden. Wer diesen Wechsel nicht wünscht, hat die Möglichkeit, bei der Energie Uster AG die bisherigen Angebote mit Wasserkraftstrom resp. Erdgas zu verlangen.

Der Wechsel des Standardprodukts bedeutet letztlich eine Umkehrung des Aufwands: Heute muss, wer einen Umweltschutzbeitrag leisten will, aktiv werden; mit dem neuen Standardprodukt wären jene unter Zugzwang, die dies nicht wollen oder (aus finanziellen Gründen) nicht können.

Patricio Frei (Grüne) begründet das Postulat: *Wenn ich heute Solarstrom nutzen will, muss ich dies bei der Energie Uster AG beantragen. Das Postulat 567 will dies umkehren: Im Standardprodukt soll neu ein bestimmter Anteil aus Solarstrom stammen. Es gibt aber keinen Zwang! Kundinnen und Kunden, die dies nicht wollen – oder aus finanziellen Gründen – nicht können, haben die Möglichkeit den bisherigen Strom-Mix bei der Energie Uster AG zu beantragen.*

Weshalb ist diese Umkehrung so wichtig? Die Energie Uster setzt bei der Stromversorgung zwar auf Wasserkraft. Das ist zwar löblich, denn Wasserkraft gilt – wie die Sonnenenergie – ebenfalls als erneuerbare Energie. Doch nur gerade 14 % davon stammt aus der Schweiz, der grosse Rest – 86% – aus dem Ausland. Es kann doch nicht unser Ziel sein, uns vom Ausland derart abhängig zu machen!? Herausgefunden hat es der Anzeiger von Uster. Die Energie Uster AG hat es verpasst, diese wichtige Tatsache in ihrer Stellungnahme zu erwähnen. Jedenfalls ist nichts davon in der Antwort des Stadtrats lesen.

Überhaupt fällt die schriftliche Stellungnahme des Stadtrats zu diesem Vorstoss enttäuschend aus. Sie gibt einzig die operative Sicht der Energie Uster AG wieder – kein Wort zu den strategischen Überlegungen des Stadtrats. Neben dem Geschäftsgang der Energie Uster AG müsste dieser für seinen Entscheid auch noch andere, weiterführende Aspekte in Betracht ziehen, welche den übergeordneten Interessen der Gemeinde Rechnung tragen. Hoffentlich erfahren wir in der heutigen Debatte mehr darüber.

Vor knapp drei Jahren hat die Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten an der Urne die Energiestrategie 2050 gut geheissen. Damit wurde der Ausstieg aus der Atomenergie besiegelt. Und dieser Urnenentscheid war auch ein Auftrag des Volks, u.a. die erneuerbaren Energien zu fördern. Doch leider ist diesbezüglich zu wenig geschehen. Das Bundesamt für Energie hat Ende letzten Jahres in einem Monitoring-Bericht festgestellt, dass die Schweiz bei Ausbau der Solarenergie hinterherhinkt. Uster schöpft sein Potential nicht aus. Das macht ein Blick auf die Solarpotenzialkarte des GIS-Browsers deutlich. Dort können Interessierte (Open-Data sei Dank) für jedes einzelne Hausdach in Uster nachschauen, wieviel Sonnenenergie es liefern könnte. Ein Beispiel: würde auf den beiden Schulhäusern Pünt und Oberuster Solarstrom gewonnen, kämen 724'000 kWh zusammen, was in etwa dem Bedarf von 160 Haushalten entspricht. Nur schon wenn die Stadt alle Dächer der Gebäude, die ihr gehören (inkl. Stadthaus, Schulhäuser, Turnhallen, Heime etc.), nutzen würde, wären

es mehrere Megawattstunden. Wer will denn etwas dagegen haben, dass wir die Energie nutzen, die wir hier in Uster selber produzieren können?

Zum Schluss nochmals die wichtigsten Stichworte: Kein Zwang, Auftrag des Volks, weniger Abhängigkeit vom Ausland, Potential nutzen! Da sollte es eigentlich für jede Partei einen guten Grund geben, der Vorlage zuzustimmen. Vielen Dank für die Unterstützung!

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 38 vom 4. Februar 2020: Ablehnung): *Die Energie Uster AG ist zuständig für die Energieversorgung von Uster. Sie hat das in den letzten Jahren sehr zuverlässig getan und sie leistet insbesondere auch einen grossen Beitrag zur Umstellung unserer Energieversorgung gemäss den Zielen der nationalen Energiewende 2050.*

Das Postulat fordert 2 Dinge: 15 % Solarstrom im Standardprodukt und den sogenannten Green Default, dass man also als individueller Kunde bei der Energie Uster AG aktiv wählen könnte, keinen Solarstrom zu haben.

Die Energie Uster AG hat die Möglichkeiten der Anpassungen beim Stromprodukt für die Grundversorgung und den Einsatz der Opt-Out-Methode (Green Default) 2018 geprüft. Der aktuelle Strommix für die Grundversorgung besteht aus 100 % erneuerbare Energie mit Wasser- und Solaranteil, was schweizweit hervorragend ist. Die Opt-Out-Methode (Green Default) wurde vor allem in Hinblick auf die Kundenakzeptanz und den Chancen und Risiken im Zusammenhang mit der kommenden vollständigen Strommarktöffnung als problematisch eingestuft.

Die 2016 eingeführten Produkte ermöglichen es allen Kunden, aktiv regionale Stromprodukte aus lokalen Fotovoltaik-Anlagen zu beziehen (solar flex), sich an lokaler Stromproduktion zu beteiligen (solar max, PV Hallenbad und PV Sporthalle Buchholz) zu beziehen. Das Opt-Out-Modell (Green Default) wurde gerade nicht angewendet, d.h. die Kundinnen und Kunden konnten nicht auf ein günstiges Kohle- oder Atomprodukt ausweichen. Das Stromprodukt wurde preislich so gestaltet, dass dieses auch für Kunden mit «schmalem Budget» bezahlt werden kann und nicht der Zugzwang entstand, auf ein preislich günstigeres Produkt umzusteigen. Uster nimmt alle mit, alle haben 100 % erneuerbaren Strom. Die Energie Uster AG hat aus Branchenerfahrungen Kenntnis, dass die Opt-Out-Modell (Green Default) bei Kunden zu Ärger führen kann. Dies könnte zu Produktwechsel führen, selbst wenn genügend finanzielle Mittel für das höherwertige Produkt vorhanden wären. Das Opt-Out-Modell (Green Default) führt oft sogar zu einem Vertrauensverlust, was gerade in der Zeit der vollständigen Marktöffnung heikel ist. Verärgerte Kunden fühlen sich «gefangen» und wechseln oft den Energielieferanten, sobald möglich. Und zwar unabhängig davon ob beim neuen Lieferanten das Produkt besser oder günstiger ist. All das kann mit dem bestehenden System verhindert werden.

Der Solaranteil in Uster ist im schweizerischen Durchschnitt hoch. Uster ist auch sehr fortschrittlich bei der eigenen Solarstromproduktion. Dank den Anstrengungen der Energie Uster AG und der Installation von Grossanlagen u.a. auf dem Hallenbad liegt in Uster der prozentuale Anteil der von Privaten und der Energie Uster AG produzierten Solarstrom am Gesamtstrom bei 3 %.

3% tönt nach wenig, ist es aber nicht. Es ist nämlich nicht nur ein bisschen höher, sondern um ein Vielfaches höher als z.B. die Stadt Zürich und der Kanton Zürich.

Trotzdem ist auch in Uster der Anteil noch viel tiefer als die postulierten 15 %. Wir gehen davon aus, dass wir mit eigenen Anstrengungen bis 2027 den Anteil auf knapp 6 % steigern können.

Um aber 15 % zu erreichen, wie das das Postulat fordert, müsste Uster also auf dem schweizerischen Markt massiv Solarstrom einkaufen. Würde die Regel in diesem Jahr angewandt, müsste Uster fast den gesamten Markt in der Schweiz aufkaufen! Daraus ersieht man, wie wenig Solarstrom wir in der Schweiz momentan erst produzieren. Das ist eine Tatsache, die wir so annehmen müssen. Es ist klar, dass wir mehr Solarstrom erzeugen müssen in der Schweiz – ob es aber etwas bringt, wenn wir hier in Uster nun versuchen, einfach den ganzen erhältlichen schweizerischen Solarstrom einzukaufen, damit wir dann sagen können, dass wir die Marke von 15 % erreicht haben, das wage ich zu bezweifeln.

Der Aufwand dafür wäre überdies sehr gross, da die Mengen in 15 bis 20 Ausschreibungen über das ganze Jahr hinweg beschafft werden müssten. Entsprechend würden dann 1000 bis 1500 Produzenten – Liefermenge von 3000 bis 30 000 kWh/a – der Energie Uster AG ihre Herkunftsnachweise für Solarstrom liefern. Mit diesen 1000 bis 1500 Produzenten müsste die Energie Uster AG dann einzelne Lieferverträge abschliessen und die Abrechnung einrichten. Aufgrund dieser Beschaffungssituation mit hohem administrativem Aufwand würde der Solarstrom natürlich auch sehr teuer (man rechnet mit Beschaffungspreisen von bis zu 15 Rp/kWh).

Natürlich könnte Uster versuchen, den zusätzlichen Solarstrom im Ausland zu beschaffen. Das macht aber insofern keinen Sinn, da die Energiestrategie 2050 die Erhöhung der Produktion von erneuerbarer Energie im Inland als Zielsetzung hat.

Fazit: Das Postulat tönt zwar gut, und wir stimmen sicher alle darin überein, dass wir mehr Solarstrom brauchen. Schaut man sich aber die konkrete Forderung des Postulats an, so würde sie die Energie Uster AG auf ihrem bisher sehr erfolgreichen Weg wohl eher behindern als unterstützen. Es würde durch dieses Postulat nicht mehr Solarstrom produziert. Aber Uster, das bis jetzt im Solarbereich eine Vorreiterrolle einnimmt, müsste den Schweizer Strommarkt leerkaufen, um die Zertifikate für eine heute einfach nicht realistische 15%-Klausel zu ergattern. Im Endeffekt könnte der Green Default auf die Stromkunden sogar einen kontraproduktiven Effekt haben – wie psychologische Studien gezeigt haben.

Der Stadtrat bittet Sie, das Postulat abzulehnen. Nicht weil er etwas gegen Solarstrom hätte, ganz im Gegenteil. Die Energie Uster AG hat ehrgeizige, aber realistische Pläne, um den Solarstrom in Uster weiter auszubauen. Und sie hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie ihre Ziele effizient und effektiv erreicht. Die aktuellen Stromprodukte der Energie Uster AG in Kombination mit der Förderung durch den Ökofonds und den Rücklieferatarifen für Fotovoltaik-Anlagen tragen dem Anliegen des Postulanten, die Solarenergie zu fördern, bereits Rechnung.

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Ausgehend von den Geschäftsberichten der letzten Jahre lässt sich feststellen, dass die Energie Uster AG im Hinblick auf die Energiewende grundsätzlich gut unterwegs ist. So kann etwa erwähnt werden, dass diverse Solaranlagen erstellt wurden, an denen sich die Energie Uster AG entsprechend beteiligte, und nebst öffentlichen Stromtankstellen für Elektroautos werden in der Stadt Uster auch private in Tiefgaragen gefördert. Der Ökofonds ist prall gefüllt und wartet gewissermassen darauf, dass sich die Grundeigentümerinnen und -eigentümer mit guten Projekten an die Energie Uster AG wenden und einen Antrag auf einen Kostenbeitrag stellen. Auch sonst kann festgestellt werden, dass die Energie Uster AG sehr innovativ ist, was das Anbieten von Stromsparmassnahmen für die Bevölkerung der Stadt betrifft. Die Konsumenten und Stromkonsumentinnen haben weiterhin die Wahl zwischen zertifiziertem Ökostrom einerseits und einem Mix aus zertifiziertem Ökostrom und als solchem nicht zertifizierbarem, nichtsdestoweniger jedoch ökologischem Aabachstrom andererseits. Der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Energie Uster AG kann also aus unserer Sicht ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.*

Trotzdem ist dem Postulanten zuzustimmen, dass - gerade im Sinne einer überregionalen Betrachtungsweise – die Produktion von Solarstrom noch verstärkt gefördert werden soll. Unbestrittenermassen ist das Potential da, dass inskünftig weit mehr Dächer mit Solaranlagen bestückt werden und so zu kleinen Energiekraftwerken avancieren können. Der im Verlauf der nächsten Jahre zu erwartende Umbau der Fahrzeugflotte von Verbrennungsmotoren auf E-Mobilität wird hier auch zu einer grösseren Nachfrage führen. Wenn ein Strom-Mix von 15 % aus Solarenergie angestrebt werden soll, erscheint dieses Ziel daher prima vista nicht überambitioniert. Auch wenn wir nicht vergessen dürfen, dass der Stadtrat die Energie Uster AG lediglich via Eigentümerstrategie und Wahl des Verwaltungsrats locker führen und nicht einfach eine Dienstanweisung erlassen kann, so wäre daher doch immerhin ein detaillierterer Bericht als derjenige im Rahmen der Stellungnahme zum Postulat interessant, ob und mit welchen Massnahmen ein solches Ziel von mindestens 15 % Solarstrom im Ustermer Strom-Mix erreichbar ist. Dem Postulat stimmen wir zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst** (SVP): *Im Grundsatz ist der Gedankengang von Patricio Frei gut, und es ist es ebenfalls wichtig, dass wir die Ziele die sich die Politik und das Schweizer Stimmvolk gesteckt hat erreicht werden. Wir denken aber es ist der falsche Weg dies rein über den bürokratischen Weg zu lösen. Dies würde hier geschehen, wenn die Energie Uster über Zertifikate den ohnehin knappen Solarstrom zu uns nach Uster kauft. Die viel bessere Strategie ist, dass wir unsere Aufwände so verwenden den Strom mittelfristig so gut als möglich lokal zu produzieren und andere Energien wie Wärme aus lokalen Heizverbünden oder anderen nachhaltigen Quellen zu gewinnen. Mit Aufwänden spreche ich finanzielle und grosse Personalaufwände an. Um den ohnehin knappen Solarstrom zu beschaffen müssen mit Kleinstausschreibungen an vielen Orten Solarstrom bezogen werden und auch die benötigte Menge ist nicht mal immer gewährleistet. Weitere personelle Ressourcen werden benötigt um die gewünschten Produkte zu lancieren und diese dann zu Verwalten. Mit rund 18'000 Messpunkten in Uster bei welchem der Kunde ein "downgrade" fordern kann ist der Aufwand für eine Netzbetreiberin mit 40 Angestellten- welche zum Grossteil mit der physikalischen Infrastruktur beschäftigt ist nicht gerade marginal. Ein weiterer Teil der Angestellten ist beschäftigt eine der ohnehin schweizweit führenden Netzbetreiberin in Sachen Ökologie noch weiterzubringen. Es sind weitere Projekte in Planung welche zur Zeit noch nicht- oder teilweise öffentlich sind, jedoch sollte der bereits beschrittene Weg aus der Vergangenheit, ein wenig Vertrauen in unsere Netzbetreiberin bringen. Einige Projekte aus der Vergangenheit wären z.B. Solaranlage auf dem Buchholz und Hallenbad, der Wärmeverbund beim Spital und natürlich dem Ökofonds- ein weiteres gutes Instrument ist um auch Private und Unternehmungen in der richtigen Richtung zu unterstützen und guten Analysen zu sensibilisieren. Denken Sie auch an die finanziell ärmere- und auch weniger gut informierten Bevölkerungsschichten, diese würden durch diese "Bringschuld" schon beinahe übervorteilt. Ebenfalls ist es nicht primär die Sache des Parlaments sich in die aktiven Geschäfte (in diesem Fall dem Produkteportfolio) der Energie Uster einzumischen, sofern die Stadt Uster als Aktionärin nicht grobe Abweichungen in der Firmenpolitik oder deren Fahrplan feststellt. Gemäss den Zahlen von 2018 (Quelle: stromkennzeichnung.ch) hat die Energie Uster AG bereits einen Energiemix welcher zu 100% aus erneuerbarer Energie besteht, dies ist im schweizweiten Vergleich rund 5x mehr als der Durchschnitt. Die Energie Uster gehört also zu den führenden Energielieferanten in Sachen Nachhaltigkeit.*

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt das Postulat nicht. Der Gedanke ist zwar gut gemeint, aber wir raten auch anderen Ratsmitgliedern, dass sie das notwendige Vertrauen in die Energie Uster gibt und das Unternehmen in der Entwicklung nicht unnötig hemmen. Und die Energiewende ist ebenfalls nicht mit Zertifikaten zu schaffen.

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Ich freue mich sehr, zum ersten Mal an einer Gemeinderatssitzung teilnehmen zu dürfen und gleich ein Fraktionsvotum zu halten. Die Zukunft Usters liegt mir am Herzen, und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.*

Und jetzt zum Thema. Wir wissen alle, dass der Klimawandel real ist und dessen Eingrenzung vor allem für nachfolgende Generationen vor grösster Wichtigkeit. Die Nachhaltigkeit unserer Energieproduktion ist dabei ein Schlüsselement. Welche Energieform ist gratis, franko und flächendeckend auf unserem Gemeindegebiet verfügbar? Richtig, die Solarenergie. Wir müssen sie bloss nutzen. Energie Uster hat in den vergangenen Jahren viel für die Solarenergie gemacht. Verschiedene Produkte mit Solarstrom wurden lanciert und innovative Möglichkeiten wie die Beteiligung an grossen Solaranlagen (beispielsweise auf dem Hallenbad) angeboten. Dies hat zweifellos die lokale Produktion und Verbrauch von Solarstroms gefördert.

Im vorliegenden Postulat wird nun gefordert, dass mindestens 15% der Elektrizität aus Solarenergie gedeckt wird. Das Ziel, mehr Solarenergie zu nutzen, unterstützt die Mittefraktion voll und ganz. Doch wie die Stellungnahme von Energie Uster zeigt, ist das nicht einfach zu erreichen, was wir Energie Uster glauben. In dem Sinne wäre es wohl pragmatischer gewesen, für den Moment statt 15 % nur 8-10 % zu fordern.

Die Stellungnahme hinterlässt aber einen schalen Nachgeschmack. Man wird den Eindruck nicht los, dass Energie Uster sich auf den verdienten Lorbeeren sonnt, im Sinne von „wir haben ja schon so viel gemacht“. Nun, bezogen auf den Klimawandel sind 2% Solarstrom viel zu wenig. Auch wenn das über dem Schweizer Durchschnitt liegt, ist das kein Grund, die Hände in den Schooss zu legen.

Wir sollten den Ehrgeiz haben, nicht bloss über dem Durchschnitt zu liegen, sondern mit gutem Beispiel vorangehen. Welche Visionen hat Energie Uster für die nötige, schnelle Förderung der lokalen Solarenergieproduktion, wenn nicht im Sinne des Postulats?

Auch der Hinweis, dass die Energiestrategie 2050 auf die Schweiz bezogen ist, überzeugt wenig. Wie wenn das Energieproblem an der Landesgrenze haltmachen würde! Es kann durchaus Sinn machen, Solarenergie aus dem süddeutschen Raum zu beziehen, denn letztlich ist es das Ziel, CO₂-neutral zu werden. Die Energiestrategie 2050 zeigt nur den Weg zu diesem Ziel.

Und dann ist von „attraktiven Rückliefertarifen“ die Rede. Ist das eine Lorbeere, auf denen man sich ausruhen will? Nein, denn die Rückliefertarife sind alles andere als attraktiv und liegen ziemlich sicher sogar unter den schweizerischen Durchschnitt (Quelle: Karte des Verbandes unabhängiger Energieerzeuger <https://www.vese.ch/pvtarif/#MapTitle>)! Damit zeigt die Stellungnahme gleich selber auf, dass Handlungsbedarf besteht. Die „attraktiven Rückliefertarife“ sind eine harte Lorbeere und nicht geeignet, um sich darauf auszuruhen.

Und noch ein letzter Punkt: Energie Uster befürchtet substantielle Abwanderung von Kunden bei vollständiger Marktöffnung, nur weil der Default geändert wurde. Dies ist eine Vermutung und wir würden uns wünschen, dass Energie Uster etwas mutiger in die sonnige Zukunft geht.

Die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion wird das Postulat überweisen, um ein Zeichen zu setzen und die Bedeutung der Solarenergie zu unterstreichen. Das Ziel ist es, dass wir uns intensiver Gedanken machen, wie Solarenergie sinnvoll und machbar gefördert werden kann.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Ja... nun sind wir mal ratlos Im vorliegenden Postulat sind uns Auftrag und Begründung nicht schlüssig – die 15 % scheinen uns willkürlich hergeholt. In der Begründung ist auch kein Zeithorizont genannt. Zudem wird argumentiert, dass gemäss eidgenössischer Volksabstimmung die Schweiz von fossilen Energieträgern wegkommen und auf erneuerbare Energieform umstellen müsse. Diesen Kompass stellt heute sicher niemand mehr in Frage. Doch die Energie Uster liefert ja schon heute 100 % elektrische Energie aus Wasser- und Solarkraft, also: aus erneuerbaren Quellen! Da ist der Volkswille bereits umgesetzt. Uns beschleicht vielmehr das Gefühl, dass es sich einmal mehr um eine grüne Copy-Paste-Idee handelt – dieses Mal aus der Stadt Zürich, wo im vergangenen Sommer die links-grüne Klimaallianz einen Anteil von 10 % Solarstrom forderte. Ja, warum dies nicht auch in Uster versuchen? Und dann kann's doch gleich auch noch die Hälfte mehr sein!*

Auch wenn wir hier nur über ein Postulat debattieren, geht es den Grünen sicher nicht nur um einen Bericht, sondern um ein politisches Ziel. Und dieses steht nämlich in der Begründung: In Zukunft sollen diese 15 % Solarstrom automatisch im Strom-Standardprodukt dabei sein. Dem Kunden wird faktisch Solarenergie aufgezwungen.

Aber: Woher sollen wir nun baldmöglichst 15 % Solarstrom nehmen? In der Schweiz sind wir bei 3 % – das ist in der Tat noch nicht viel. Die Schweiz ist aber auch nicht das Sonnenland per se. Die Technik macht jedoch Fortschritte, so dass Solarenergie auch bei uns immer mehr Einzug halten wird. Und Uster macht im nationalen Vergleich dabei überdurchschnittlich viel. Dennoch: Auf die Schnelle können wir auch in Uster nicht überall Solarpanels montieren. Wer sollte das bezahlen? – Es wird bezahlt: vom Eigentümer. Wenn er dann Solar haben möchte. Und das macht er am ehesten bei einer Dachsanierung. Also: Der Ausbau der Solarenergie braucht seine Zeit.

Und bis dahin setzen wir doch auf möglichst heimische, erneuerbare Quellen, die wir selber auch im Griff haben und nicht irgendwo weit aus dem Ausland herholen müssen, wo wir uns abhängig machen. Sollte die Energie Uster den Energiemix nun sofort zugunsten von Solarstrom ändern, ginge dies auf Kosten der Wasserkraft – und so auch auf unseren Aabachstrom.

Die FDP/CVP-Fraktion lehnt das Postulat also ab. Uns reicht die erste Stellungnahme des Stadtrats als Postulatsbericht „light“ bestens.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf, aber ohne Protokollierung der Namen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 19:14 Stimmen:

- 1. Das Postulat 567/2019 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Kenntnissnahmen

Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 20. März 2020 (versandt 23.3.2020):

Gemeinderat, Einstellung Ratsbetrieb bis 30. April 2020

Der Bundesrat hat auf Grund der Coronavirus-Pandemie Massnahmen getroffen, u. a. hat er öffentliche Veranstaltungen verboten. Die Direktorin der Justiz und des Innern, Regierungsrätin Jacqueline Fehr, hat mit Zuschrift vom 18. März 2020 mitgeteilt, dass Gemeindeversammlungen und Parlamentssitzungen „grundsätzlich nicht mehr durchgeführt werden, solange das Verbot besteht.“

Im Gemeinderat sind zur Zeit keine dringlichen Geschäfte pendent. Somit werden alle Sitzungen des Gemeinderates sowie seiner Kommissionen und Fraktionen bis mindestens 30. April 2020 abgesagt. Damit kann auch die konstituierende Ratssitzung vom 6. April 2020 nicht stattfinden; sie muss auf – frühestens – Montag, 11. Mai 2020 verschoben werden.

In den städtischen Liegenschaften, insbesondere im Stadthaus, stehen wegen der ausserordentlichen Lage (Pandemie) keine Sitzungszimmer in genügender Grösse für Kommissionen und Fraktionen zur Verfügung, darum können auch deren Sitzungen ebenfalls bis mindestens 30. April 2020 nicht mehr durchgeführt werden.

Diese Massnahme erfolgt nach Rücksprache mit der Gemeindeführungsorganisation und stützt sich sinngemäss auf die Geschäftsordnung des Gemeinderates (GeschO GR): Die Geschäftsleitung vertritt den Rat nach aussen, unterstützt die Ratspräsidentin und orientiert die Ratsmitglieder und die betroffenen Behörden über Beschlüsse von allgemeinem Interesse (Art. 5 Abs. 1 und Abs. 4 GeschO GR). Die Ratspräsidentin leitet den Geschäftsgang und die Verhandlungen des Gemeinderates und trifft die dazu erforderlichen Verfügungen (Art. 6 Abs. 1 GeschO GR).

Die Geschäftsleitung beschliesst:

1. Der Ratsbetrieb wird vorerst bis 30. April 2020 eingestellt.
2. Die konstituierende Ratssitzung vom 6. April 2020 wird abgesagt und auf frühestens 11. Mai 2020 verschoben.
3. Alle Kommissions- und Fraktionssitzungen, insbesondere wenn sie in städtischen Liegenschaften stattfinden, werden abgesagt.
4. Mitteilung an den Gemeinderat, den Stadtrat, die Sekundarschulpflege, den Abteilungsleiter Sicherheit, den Stadtweibel, den Hauswart, akkreditierte Medien und den Bezirksrat Uster.

Zuschrift des Parlamentsdiensts im Auftrag der Ratspräsidentin vom 24. April 2020:

Gemeinderat, Wiederaufnahme des Ratsbetriebs

Nach den jüngsten Beschlüssen von Bundesrat und Kantonsrat informieren wir Sie im Auftrag von Ratspräsidentin Ursula Räuftlin gerne über die Wiederaufnahme unseres Ratsbetriebs:

Nach den jüngsten Beschlüssen von Bundesrat und Kantonsrat informieren wir Sie im Auftrag von Ratspräsidentin Ursula Räuftlin gerne über die Wiederaufnahme unseres Ratsbetriebs:

1. Die Ratspräsidentin stand und steht regelmässig in Kontakt mit der designierten Ratspräsidentin, dem Parlamentsdienst, der Geschäftsleitung und den Fraktionen sowie dem Stadtrat (Gemeindeführungsorganisation).
2. Die konstituierende Sitzung des Gemeinderates für das Amtsjahr 2020/2021 findet am Montag, 11. Mai 2020, 19 bis ca. 21 Uhr im Stadthofsaal statt (siehe Vorbehalt unter Ziffer 8).
3. Im Anschluss an diese Ratssitzung kann leider keine Präsidiumsfeier durchgeführt werden.
4. Vorab um 18 Uhr findet die interne Informationsveranstaltung der Primarschulpflege im Stadthofsaal statt.
5. Sie werden einen besonderen Sitzplan erhalten, der über das Einhalten der Sicherheitsabstände informieren wird. Getränke werden in verschliessbaren Flaschen vorhanden sein. Das Rednerpult wird regelmässig desinfiziert werden. Für das Auszählen der Stimmen bei den geheimen Wahlen werden spezifische Informationen später folgen. Auch die Stadtratsmitglieder müssen vom Rednerpult aus sprechen. Für die akkreditierten Medien werden besondere Plätze bereit sein. Die Öffentlichkeit ist von der Teilnahme ausgeschlossen. Die Sitzordnung wird deutlich von derjenigen im Gemeinderatssaal im Stadthaus abweichen, darum erfolgen Abstimmungen unter „Namensaufruf“ – aber ohne Protokollierung der Namen.

6. Die Kommissionen nehmen ab Montag, 18. Mai 2020 ihre Sitzungen wieder auf mit folgender Einschränkung: Damit der Sicherheitsabstand eingehalten werden kann, tagen KSG und KBK im Gemeinderatssaal sowie die KÖS und die KPB im Stadthofsaal jeweils von 18 Uhr bis 20 Uhr und von 20 Uhr bis 22 Uhr. GL und RPK tagen im Gemeinderatssaal.
 7. Für die Fraktionen wird eine ähnliche Lösung angestrebt, damit diese im Gemeinderatssaal oder im Stadthofsaal tagen können. Dazu müssen die zeitlichen Abläufe koordiniert werden, weil nur zwei Sitzungsräume (Gemeinderatssaal und Stadthofsaal) zur Verfügung stehen. Die Fraktionspräsidien haben dazu bereits einen Vorschlag erhalten, der noch zu bereinigen ist. Ziel ist, dass die Fraktionen ab 5. Mai 2020 wieder tagen können.
 8. Für die Sitzungen des Rats braucht es eine Bewilligung durch den Regierungsrat. Diese dürfte rasch erfolgen, darum gehen wir davon aus, dass dem skizzierten Vorgehen – Rücksprache mit der Gemeindeführungsorganisation ist bereits erfolgt – nichts entgegenstehen dürfte.
- Wir freuen uns, Sie alle bald wieder zu sehen. (vergleiche Seite 719)

Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Januar 2020, Referendumsfristablauf: Die Frist für das fakultative Referendum gegen die Weisungen 28/2019, 38/2019 und 40/2019 des Stadtrates sowie gegen die Weisung 45/2019 der Primarschulpflege wäre ordentlich am 23. März 2020 unbenutzt abgelaufen. Auf Grund der Verordnung über den Fristenstillstand bei kantonalen und kommunalen Volksbegehren und Wahlen während der Corona-Pandemie verlängert sich die Frist für das Einreichen eines Volksreferendums bis 2. Juni 2020.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Januar 2020 sind beim Bezirksrat Uster bis 28. Februar 2020 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 10. Februar 2020 sind beim Bezirksrat Uster bis 30. März 2020 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Gemeinderat Ulrich Schmid, Fraktionswechsel: Ulrich Schmid (CVP) ist mit Wirkung ab 14. Februar 2020 der FDP-Fraktion beigetreten, womit die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion und die FDP/CVP-Fraktion gebildet worden sind.

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 572/2020 von Florin Schütz (SP) vom 17. Februar 2020: Auswirkungen der Änderungen des Zusatzleistungsgesetzes und des Strassengesetzes auf die Stadt Uster
- 574/2020 von Karin Niedermann (SP) vom 3. März 2020: Sport-Infrastrukturen in Uster
- 576/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 13. März 2020: Definition und Umfang von Wald am Zellwegerweiher
- 577/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 13. März 2020: „Ausholzung für mehr Artenvielfalt“ im Zellweger-Park vom Dezember 2013
- 579/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 30. März 2020: Gesamtverkehrskonzept Greifensee, öffentliche Auflage und Vernehmlassung
- 580/2020 von Peter Müller (FDP) vom 14. April 2020: „Chancen der Digitalisierung für die Primarschule nutzen“ (Kollaborationsplattform)

- 581/2020 von Jürg Krauer (FDP) vom 14. April 2020: Hintergründe der Entlassung der Abteilungsleiterin Bildung der Primarschule Uster, Auswirkungen auf die Strategie der Abteilung Bildung
- 582/2020 von Anita Borer (SVP) und Barbara Keel (SVP) vom 14. April 2020: Bewirtschaftung Zeughausareal, Transparenz der Mietsituationen
- 583/2020 von Florin Schütz (SP) vom 15. April 2020: „Sans-Papiers schützen – während und nach der Krise“
- 585/2020 der FDP/CVP-Fraktion vom 5. Mai 2020: Entwicklung des Kulturkonzepts
- 586/2020 von Balthasar Thalmann (SP) vom 6. Mai 2020: „Armut – wo steht Uster?“

Folgende Anfragen sind beantwortet worden:

- 568/2020 von Paul Stopper (BPU) vom 3. Februar 2020: Schliessung der Freudwilerstrasse für den allgemeinen Fahrverkehr zu Gunsten einer kostengünstigen Lösung für einen sicheren Radverkehr (Stadtratsbeschluss vom 7. April 2020)
- 570/2020 der SVP/EDU-Fraktion vom 10. Februar 2020: „Erneut teurer Abgang der Abteilungsleitung Bildung“ (Stadtratsbeschluss vom 28. April 2020)
- 572/2020 von Florin Schütz (SP) vom 17. Februar 2020: Auswirkungen der Änderungen des Zusatzleistungsgesetzes und des Strassengesetzes auf die Stadt Uster (Stadtratsbeschluss vom 28. April 2020)

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats hat am 6. Mai 2020 auf Antrag des Stadtrats die Frist für die Antworten auf die Anfragen 576/2020 und 577/2020 bis 6. Juli 2020 verlängert.

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 8. April 2020: Corona-Pandemie, Massnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen, Einsetzung eines Ausschusses, Bewilligung eines Rahmenkredites (Stadtratsbeschluss 131 vom 7. April 2020)
- 11. Mai 2020: Terminplan 2021 (Beschluss der Geschäftsleitung vom 6. Mai 2020)

Die Mitglieder der Kommission öffentliche Dienste (KÖS) haben am 8. April 2020 erhalten:

- Landwirtschaftsbetrieb „Dietenrain“, Genehmigung Baurechts- und Pachtvertrag Medienmitteilung vom 9. April 2020 vorab mit Sperrfrist)

Das Jahresschluss-Essen, vorgesehen für 3. April 2020, wurde auf Zusehen hin verschoben.

Das Ratsherren-Schiessen 2020 wurde auf Montag, 19. Juli 2021 verschoben (vergleiche Seite 711).

Die Präsidentin der SP-Fraktion, **Angelika Zarotti** (SP), gratuliert der neuen Ratspräsidentin zur Wahl: *Wir als SP sind stolz, dass du für die nächsten 12 Monate unsere Ratspräsidentin bist. Aber nicht nur wir, nein, der ganze Rat freut sich darüber und wir gratulieren dir ganz herzlich. Deine Wahl wird uns wohl allen auch wegen der speziellen Situation in Erinnerung bleiben. Und leider gibt es zu deiner Ehre, liebe Karin, auch keine Wahlfeier. Auch wenn wir sehr gerne mit dir diesen Abend so richtig gefeiert hätten. Du hättest das mehr als verdient. Und wer weiss, vielleicht wird dies ja noch nachgeholt. Dafür ist aber der Blumenstrauß etwas anders, er ist lokalpatriotisch mit Usterbatzen verziert.*

Ratspräsidentin wird einem nicht einfach geschenkt, da steckt viel Arbeit und Engagement dahinter. Und das zeichnet dich meines Erachtens auch aus. Seit dem Jahr 2014 gehörst du dem Gemeinderat an und konntest schon viel bewegen. Du bist eine zuverlässige, mitdenkende, anpackende und strategisch denkende Frau. Bei dieser Aufzählung könnte man ja meinen, du seist eine sehr ernste Frau. Das stimmt aber nicht, dass wissen wir alle, die dich kennen: Mit dir kann man auch lachen, an Humor fehlt es dir nicht. Für Themen, die dir wichtig sind, für die setzt du dich ein. Ich denke da zum Beispiel an die Spitalfusion. Du bist Delegierte im Spitalverband und hast dich sehr für die Abstimmung, welche nun wohl im September stattfindet, eingesetzt. Bewegung, sich bewegen, auch das ist dir wichtig. Dies zeigt sich zum einen in deinem Beruf als Physiotherapeutin. An der ZHAW hast du eine Professur für Physiotherapieforschung. Zum anderen bist du auch eine begeisterte Velofahrerin. Du hast eine Motion für den Erhalt der Veloparkplätze im Bahnhof Ost sowie ein Postulat für sichere Schulwege eingereicht. Du warst auch massgeblich daran beteiligt, dass die Ustermer Bevölkerung einen 5 Mio.-Kredit für sichere Velowege bewilligt hat.

Liebe Karin, du kannst zuhören, durch deine überlegte Art andere motivieren und mit Argumenten überzeugen. Ich glaube, der Ustermer Gemeinderat und die ganze Stadt User dürfen stolz sein, eine solche Frau an der Spitze zu haben und durch dich repräsentiert zu werden. Auch du darfst stolz sein – geniesse diese einmalige und letztlich nur kurz, ein Jahr dauernde, Rolle. (Applaus)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 8. Juni 2020 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

25.5.2020

Die Präsidentin
Karin Niedermann

26.5.2020

Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann